Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 591 u. 176.

Nr. 205. **Halle a. S., Mittwoch, den 4. Mai.** **1910.**

Minister v. Moltke über die Straßendemonstrationen.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung. Dienstag, den 3. Mai.

Am Ministertische: v. Moltke.

Präsident von Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die

dritte Lesung des Etats

wird beim Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. **Hirsch-Berlin** (Soz.): Es ist charakteristisch, daß der Minister auf die Beschwerden der Abgg. Strobel und Fischbeck nicht geantwortet hat. Wir sehen darin eine Mißachtung des Parlaments. Die allgemeine Verfügung, Maiumzüge zu verbieten, bestätigt die Richtigkeit unserer Auffassung, daß mit diesem angeblich liberalen Vereinsgesetz die Behörden machen können, was sie wollen. Die Regierung folgt jedem Wink der Reaktion. Im vorigen Jahre bestritt der Minister, daß er einen Erlaß an die Gemeindevorsteher hat ergehen lassen, die Genehmigung zur Abschrift von Wählerlisten zu versagen. Ich habe Beweise dafür in Händen. Der Redner wendet sich gegen die aus politischen Gründen veranlaßten Ausweisungen von Ausländern. Der Redner bezeichnet das Verhalten der Berliner Polizei in dieser Hinsicht unter Anführung einiger Fälle als skandalös. Das russische Ministerium des Innern inspiriert das Berliner Polizeipräsidium. Wir befinden uns in russischen Zuständen.

Abg. **v. Brandenstein** (kons.) rügt den Zickzack-Kurs der Polizei gegenüber den Straßendemonstrationen. Es scheine, als sei dabei der Wille verschiedener Persönlichkeiten maßgebend gewesen. Es komme nicht auf die Zahl an, sondern darauf, aus welchen Elementen diese Versammlungen bestehen und welche Zwecke sie verfolgen. Bei Sänger- und Schützenfesten kommen auch Ansammlungen vor und Unfälle im Gedränge sind möglich. Aber himmelweit davon verschieden ist es, wenn geschworene Feinde der Staatsordnung (Sehr richtig! rechts) die Massen zusammentrommeln und aufpeitschen gegen die Gesellschaftsordnung. (Lebhafte Zustimmung rechts.) In einer solchen Massenversammlung liegt zweifellos die eminente Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Versammlungen ruhig verliefen, so ist das dadurch erkauft worden, daß die Polizei vor der Sozialdemokratie das Feld geräumt hat. (Lebh. Zustimmung rechts.) Ein Paktieren mit der Sozialdemokratie bedeutet eine Kapitulieren und kann zur Bankerotterklärung der Staatsregierung führen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Das Verhalten der maßgebenden Stellen ist um so bedauerlicher, als die Sozialdemokratie darin einen bedeutenden Triumph sehen kann. Sie kann auch mit Stolz darauf hinweisen, wie blind die verführten Massen ihr gehorchen. Wir sehen in diesen Veranstaltungen nur die Vorübung zur allgemeinen Anwendung der rohen Gewalt. (Lebh. Zustimmung rechts.) Wir hoffen, daß die Polizei fortan der Sozialdemokratie gegenüber unbedingt festbleiben wird. (Lebh. Beifall rechts.)

Minister des Innern v. Moltke:

Der Abg Hirsch hat sich über einen Fall beschwert, wo unsere Polizeibehörde einen Kranken an Rußland ausgeliefert hätte. Die Polizei fand in dem Koffer dieses Mannes ein Geheimfach mit Sprengmitteln und legte deshalb die Hand auf ihn. Vor dem Schwurgericht befam er Tobsuchtsanfälle und wurde deshalb in eine Irrenanstalt gebracht. Als er sich etwas gebessert hatte, wurde er wieder vor das Schwurgericht gebracht, aber seine Tobsuchtsanfälle wiederholten sich und er wurde wieder in die Irrenanstalt zurückgebracht. Die Verpflegungskosten für ihn wurden anfangs von seinem Verteidiger bezahlt, später unterblieben sie, so daß schließlich die Ausweisung dieses Mannes wegen Fehlens der Subsistenzmittel erfolgen mußte. Er wurde nicht als Gefangener überliefert, sondern nur gemäß dem Abkommen zwischen Rußland und Preußen von 1894 an der Grenze den russischen Behörden übergeben. Eine Brutalität liegt hier also nicht vor. — Bei den Wählerlisten hat der Abg. Hirsch, glaube ich, zwei Verfügungen von mir miteinander verwechselt. Es handelt sich einmal um die Erteilung von Abschriften und das andere Mal um die Abschriftnahme. Die Erteilung von Abschriften ist keineswegs eine Pflicht der Ortsbehörden, dagegen habe ich angeordnet, daß die Abschriftnahme gestattet wird. Hätte sich der Abg. Hirsch in dem betreffenden Falle bei mir beschwert, so würde ich sofort eingeschritten sein. — Was

die Frage der Umzüge

anlangt, die ja die öffentliche Meinung sehr beschäftigen und die auch hier Gegenstand der Diskussion gewesen sind, so ist es mir gar nicht unangenehm, daß mein Erlaß vom 16. April jetzt — ich weiß nicht auf welchem Wege, aber es wird sich das ja herausstellen — in dem „Vorwärts" veröffentlicht worden ist. Das Reichsvereinsgesetz unterscheidet die öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel einerseits und die öffentlichen Umzüge auf Straßen und freien Plätzen andererseits. Die Form dieser Versammlungen ist nicht verboten, aber sie ist an die Genehmigung der Ortspolizeibehörden geknüpft, und diese darf nur dann erteilt werden, wenn keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Diesen Boden hat die Aufsichtsbehörde auch selbstverständlich nicht verlassen. Es können also beispielsweise Anordnungen, daß derartige Veranstaltungen ohne Prüfung der öffentlichen Sicherheit und ohne Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse verboten werden sollen, nicht erlassen werden. Dagegen kann ich den mir unterstellten Behörden grundsätzliche Direktiven für die Beurteilung der Frage der öffentlichen Sicherheit geben. Das ist nicht nur mein Recht, sondern in politisch so erregter Zeit wie der Gegenwart, meine Pflicht als Polizeiminister und als politischer Minister. Ich habe bei den sogenannten Demonstrationsumzügen der Wahlrechtsdemonstrationen die mir unterstellten Behörden ernst auf das hohe Maß ihrer Verantwortung gegenüber solchen Genehmigungsanträgen hingewiesen und sie in einzelnen Fällen auch zur Verantwortung gezogen, wenn ich glaubte, daß sie ihre Pflicht in dieser Beziehung nicht voll erfüllt hätten. Im übrigen wird man im Anschluß an das Gesetz in der sachlichen Beurteilung zwischen Versammlungen unter freiem Himmel und öffentlichen Umzügen unterscheiden müssen. Bei der Zulassung von Versammlungen unter freiem Himmel sind in jedem Falle Vorfragen der verschiedensten Art in Erwägung zu ziehen. Es ist immer eine quaestio facti, ob für eine solche Versammlung ein geeigneter Raum vorhanden ist, wie er zugänglich ist usw., welche Gewähr sonst für das Fernhalten von Gefahren für das Gemeinwesen, für die Gesellschaft und die Beteiligten gegeben sind. Es kann daher sehr wohl vorkommen, daß ein und dieselbe Polizeibehörde heute einem Antrag auf Genehmigung einer solchen Versammlung unter freiem Himmel entsprechen kann und sie morgen versagen muß. Das alles kann immer nur von dem freien Ermessen der örtlichen Behörden abhängen, welche leicht in der Lage sind, nach allen Richtungen hin das Für und Wider zu beurteilen. Im Hinblick auf die „Kapitulation" bemerke ich, daß die Ortspolizei sich selbstverständlich ihrer Verantwortung nicht dadurch entziehen kann, daß etwa die Veranstalter der Versammlung eine Garantie übernehmen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dadurch kann keine Ortspolizeibehörde sich für entschuldigt halten, wenn nachher etwa Exzesse vorkommen. Was andererseits die weit anspruchsvolleren und aufdringlicheren Umzüge anbetrifft, so können sie sachlich betrachtet nicht auf eine Linie gestellt werden mit Versammlungen unter freiem Himmel, die sich wenigstens den Unbeteiligten gegenüber im Grunde nicht anders entwickeln, wie eine andere öffentliche Versammlung im geschlossenen Raum. Für die Beurteilung der Aufzüge kommen neben den besonderen örtlichen Bedingungen

Gesichtspunkte allgemeiner und einheitlicher Natur

zur Geltung. Diese Aufzüge spielen sich eben nicht an Stellen ab, die dem allgemeinen Verkehr entzogen oder leicht zu entziehen sind, es sei denn, daß sie außerhalb des Verkehrs stattfinden. Solche Aufzüge greifen manchmal in engen und verkehrsreichen Straßen in ganz anderer Weise in die öffentlichen Verhältnisse und die berechtigten Anforderungen zur Sicherheit des Publikums ein. Erdrückend große Massen auf der Straße mit den unvermeidlichen Zuläufern bergen schon eine Gefahr in sich. Sie können von den für die öffentliche Ordnung verantwortlichen Sicherheitsorganen überhaupt nicht übersehen werden. Weit bedenklicher sind solche öffentlichen Aufzüge, wenn sie in der unverhüllt ausgesprochenen Absicht und lediglich zu dem Zwecke veranstaltet werden, um Zwiespalt und Haß in die Klassen der Bevölkerung zu tragen und den ruhigen Bürger einzuschüchtern oder aufzureizen, wenn sie veranstaltet werden von einer erregten, verhetzten oder, wie Sie es nennen, aufgepeitschten Menge. Wir haben nachgerade Tatsachen genug, auf die wir uns bei der Beurteilung der Frage der öffentlichen Sicherheit stützen können. Die Vorkommnisse in Berlin, Halle, Frankfurt, Breslau, Neu-Münster, Solingen, Essen, Brandenburg usw. sind in der Beziehung sehr lehrreich gewesen und müssen für gleichartige Verhältnisse berücksichtigt werden. Es sind an vielen anderen Orten blutige Zusammenstöße mit den Polizeiorganen, wie die sozialdemokratische und demokratische Presse ausdrücklich hervorhebt, nur dadurch vermieden worden, daß die Polizeibeamten, obgleich sie als Bluthunde usw. beschimpft wurden, sich sehr zurückgehalten, d. h. aus bestimmten allgemeinen Rücksichten darauf verzichtet hatten, ihrerseits die amtliche Autorität in einer Weise zu wahren, wie es im Interesse des Dienstes erforderlich gewesen wäre. Die ersten sogenannten Wahlrechtsdemonstrationen waren ja allerorten spontane Kundgebungen, tatsächlich natürlich von einer einheitlichen Zentrale einheitlich inszeniert, wie jetzt auch die Maifeier. (Sehr richtig! rechts.) Das ist die Bewegung, welche im letzten Grunde

die Staatsordnung untergraben

will. Ich verweise auf den Parteiaufruf der Sozialdemokratie zur Maifeier. Er ist unterschrieben von dem Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschlands, von dem geschäftlichen Ausschuß der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens und von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses. (Hört, hört!) Es heißt da: „Parteigenossen und Parteigenossinnen, wir fordern euch auf, am 1. Mai zum Kampf zur Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts." (Hört, hört!) Im „Vorwärts" hieß es am 30. April: „Morgen ist der 1. Mai, geht den Volksfeinden die erste Antwort, kommt in Massen zu unseren Versammlungen, nicht um Feste zu feiern, sondern um den Kampf zu erneuern." (Hört, hört!) Welche Ziele schließlich dieser Kampf haben soll, plaudert die „Schleswig-Holsteinsche Volkszeitung" aus, indem sie folgende Drohung ausspricht, nach den Verhandlungen im Herrenhause: „Und da das preußische Volk auf die Forderungen nicht verzichten kann, wird es eben auf den Frieden und die Gesetzlichkeit verzichten müssen. (Hört, hört! rechts.) Man würde sich an die um die Bürgerrechte kämpfenden Eisenbahnarbeiter und an die Soldaten wenden, um durch planmäßige Aufklärung dieser Elemente den Tag der Befreiung vorzubereiten. (Hört, hört! rechts.) Wer auf die Gesetzlichkeit verzichtet, der geht doch beinahe dicht an den Rahmen des Hochverrats heran. (Sehr richtig! rechts.) Es heißt dann weiter: Wird aber in Zukunft für das Zustandekommen einer Wahlreform Zweidrittel-Mehrheit gefordert und die Gestaltung des Wahlrechts auf solche Weise jetzt und für alle Zeit in das Belieben der herrschenden Junkerpartei gestellt, dann bleibt denen, die sich nicht unterwerfen wollen, nichts anderes übrig, als die Vorbereitungen zu treffen zu dem

unvermeidlichen Kampf auf Tod und Leben.

(Hört, hört! rechts. Sehr richtig! bei den Soz.) Sie bestätigen das also. Ich bin immer für Klarheit! Gegenüber den zielbewußten Demonstrationen ist es Pflicht der Zentralbehörde, auch für eine Abwehr nach einheitlichen Grundsätzen zu sorgen. (Sehr wahr! rechts.) Wenn ich daher die Regierungspräsidenten auf Grund der vorliegenden Erfahrungen und Tatsachen allgemein darauf hingewiesen, daß es in einer Zeit der Massenerregung, wie der gegenwärtigen, mit der Wahrung der öffentlichen Sicherheit in der Regel nicht vereinbar sei, öffentliche Aufzüge zu genehmigen, so stehe ich damit auf gesetzlichem Boden. (Sehr richtig!) In der Regel genügt der Hinweis auf die Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen des Einzelfalles. Ich habe dabei weder ein unbedingtes Verbot öffentlicher Aufzüge im Gegensatze zu § 7 des Vereinsgesetzes unter Außerachtlassung besonders örtlicher Verhältnisse ausgesprochen, noch sind andere Gesichtspunkte für mich bestimmend gewesen, als die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Der Vorwurf der Rechtsverletzung sollte doch aus dem Munde der Herren etwas vorsichtiger erhoben werden (Lebh. Zustimmung), welche gezeigt haben, daß sie sich schlank über die gesetzlichen Bestimmungen gerade dieses Gesetzes hinwegbegeben können. (Rufe b. d. Soz.: Wann denn?) Sie haben Ihre Umzüge, die nicht genehmigt waren, abgehalten und mit Stolz darauf hingewiesen, daß Sie

das Recht auf die Straße

hätten. Gestern ist wegen einer solchen Versammlung ein Urteil gesprochen, daß Ihnen wohl bekannt sein wird. Der Redakteur Ihres Parteiorgans ist mit vier Wochen Haft bestraft worden. (Lebh. Beifall rechts.) Ein so großer Staat wie Preußen läßt sich das Recht auf die Straße, von wem es auch sei, nicht abtrotzen. (Sehr richtig! rechts.) Ich werde dies wenigstens nicht dulden, so lange ich in dieser verantwortlichen Stellung stehe. (Beifall rechts.) Der Abg. Ströbel sprach gestern von Kleinlichkeiten der preußischen Polizeibehörden in diesen Dingen und wies wieder einmal auf das Ausland hin. Das Ausland geht mich dabei gar nichts an. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine preußische Angelegenheit, und wir wissen in Preußen selber, was uns not tut. (Lebh. Beifall.) Wenn der Abg. Ströbel dabei aber gerade auf unseren republikanischen Nachbar im Westen hingewiesen hat, so möchte ich ihn doch auffordern, sich die Zeitungen und die Berichte aus Paris bei den dortigen Wahlen anzusehen. Ich bin mir meiner großen Verantwortung in dieser ernsten Frage voll bewußt und werde meine Pflicht tun nach meinem besten Wissen und mich nach niemand anders richten (Abg. Hoffmann: Als nach den Junkern!), auch nicht nach den Ansichten einer einzelnen Partei, wie das vorhin hier behauptet worden ist. (Lebh. Beifall rechts und Zischen b. d. Soz.)

Abg. Friedberg (nl.):

Ich verstehe nicht, wie man aus dem Geist, der in den sozialdemokratischen Massenversammlungen zutage treten würde, auf eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit schließen will. Ich persönlich sympathisiere mit diesen Versammlungen nicht, aber das Vereinsgesetz gestattet sie, und was Recht ist, muß Recht bleiben. Die Rechte sollte auf die Saalabtreibungen gegenüber den Sozialdemokraten verzichten, dann sind solche Versammlungen unter freiem Himmel überflüssig. Der Redner erörtert einen von der „Deutsch-Evangel. Korresp." mitgeteilten Fall aus Münster, wo die Polizei ein mit einem Protestanten verlobtes katholisches Mädchen von zwanzig Jahren aus dem Haus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100504018/fragment/page=0001

ihrer künftigen Schwiegereltern zwangsweise herausholte und in ein katholisches Fürsorgeinstitut steckte. Wie kommt die Polizei zu diesem Vorgehen? Das zwanzigjährige Mädchen untersteht überhaupt nicht mehr der Fürsorgerziehung. In dem Brüzer Fall der Ablehnung eines jüdischen Medizinalpraktikanten hätte von Aufsichts wegen eingeschritten werden müssen. Der Minister verschanzt sich hinter das Recht der Selbstverwaltung, nun, unsere Minister sind doch sonst nicht so zaghaft mit Eingriffen in die Selbstverwaltung! (Lebh. Zustimmung.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (frk.): Hinter der Forderung des Rechts auf die Straße verbirgt sich nur die Absicht, die großen Massen für künftige Fälle einzuexerzieren. Es ist mehr als eine Heerschau, es ist ein Manöver. (Sehr richtig! rechts.) Die Kundgebungen werden keinen Erfolg haben. Die Sozialdemokraten, auch die hier im Hause, drohen mit dem politischen Massenstreik zur Erzwingung der Proletarierherrschaft. Das ist zweifellos die Revolution. (Ruf links: Huhu!) Ich bedaure den Zichaduktars der Berliner Polizei.

Abg. **Kuntze** (kons.) verteidigt den Sprottauer Landrat gegen frühere Angriffe des Abg. Müller-Sagan wegen Wahlbeeinflussung.

Abg. **Peters** (frk.) betont, die Kreisausschüsse seien nicht lediglich gefügige Organe der Landräte.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (Vp.): Ob durch den Sprottauer Landrat Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind, hat nicht Hinz oder Kuntze zu entscheiden (Heiterkeit), sondern dieses Haus. Herr Kuntze hat sich zum Träger von Verleumdungen gemacht. (Vizepräsident Dr. Krause rügt den Ausdruck.) Seine Behauptungen sind vom Glogauer Gericht als Verleumdungen gekennzeichnet worden. Was soll man zu einem Abgeordneten — Volksvertreter kann man ihn ja nicht nennen — sagen, der ohne jeden Anlaß unter dem Schutze der Immunität solche Angriffe erhebt. (Hört, hört! links.) Er ist ein Mann, der eine wenig kluge und vornehme Gesinnung zeigt. (Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt, da die Rechte nur schwach vertreten ist.

Abg. **Fischbeck** (Vp.): Ich will über das Verhalten des Präsidenten nicht urteilen, aber es hat eine gewisse Verwunderung bei uns wachgerufen, daß derartige Anschuldigungen, wie sie Abg. Kuntze gegen Dr. Müller erhoben hat, ungerügt geblieben sind. (Beifall links.)

Vizepräsident Dr. **Krause**: Ich habe die Worte des Abg. Kuntze nicht deutlich gehört, werde aber nachträglich das Stenogramm zu Rate ziehen.

Abg. **Lippmann** (Vp.) weist ebenfalls Angriffe des Abg. Kuntze zurück.

Abg. **Liebknecht** (Soz.) bedauert die Auslieferung russischer Staatsangehöriger. Selbst im Auslande ist man darüber empört. Freilich der Minister hat ja dem Auslande gegenüber vorhin ein Gefühl der Mitverantwortlichkeit betont. (Vizepräsident Dr. Krause bittet, geschmackvollere Ausdrücke zu wählen.) Das Reichsvereinsgesetz wird nicht so ausgeführt, wie versprochen wurde. Darum werfen wir dem Ministerpräsidenten Illoyalität und Doppelzüngigkeit vor. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Vizepräsident Dr. **Krause** erklärt, daß er das Stenogramm eingesehen habe und keinen Anlaß gesehen habe, gegen den Abg. Kuntze einzuschreiten.

Abg. **Kuntze** (kons.): Viele anständige Wähler würden sich von Dr. Müller zurückgezogen haben, wenn sie gewußt hätten, daß der Staatsanwalt sich mit ihm beschäftigt hat.

Beim Etat der Verwaltung der Zölle äußert

Abg. Dr. **Fürbringer** (nl.) Wünsche für die Oberzollsekretäre.

Beim Kultusetat weist

Abg. **Kopsch** (Vp.) die Angriffe des Abg. Heß gegen den Deutschen Lehrerverein zurück. Herr Heß habe sich erboten, auf dem Lehrertage in Straßburg die Festrede zu halten. Der Lehrerverein müsse das ablehnen, denn dazu bestimme er nur ganz hervorragende und verdiente Männer. (Zuruf im Zentr.: Den Abg. Kopsch! Heiterkeit.) Wann und wo habe sich der Deutsche Lehrerverein für eine religionslose Schule erklärt? Das Auftreten des Dr. Heß habe selbst bei seinen nächsten Parteifreunden Bedauern erregt. (Hört, hört!) Vor der Schulküche müssen konfessionelle und politische Streitigkeiten Halt machen. Wer das nicht beherzigt, der hat seinen Beruf verfehlt. (Beifall links.)

Abg. **Klußmann** (nl.) bringt den Fall des Lehrers Koch-Lehe vor, der seine Ehrenämter wegen Krankheit niederlegen mußte.

Ministerialdirektor **Schwartzkopff**: Koch wurde zur Niederlegung der Neben- und Ehrenämter allerdings gezwungen, denn es ist generell angeordnet worden, daß Lehrer Nebenämter nur übernehmen dürfen, wenn ihr Beruf nicht darunter leidet.

Abg. Dr. **Heß** (Ztr.) wendet sich gegen die Angriffe des Abg. Kopsch. Auch Dr. Schepp habe ihm Verleumdung vorgeworfen, und noch dazu auf lateinisch. (Heiterkeit.) Der Deutsche Lehrerverein hat sich in Nürnberg zur Simultanschule bekannt. Die Kritik meiner Rede in der liberalen Presse macht den Eindruck, als fühle sich der gesamte Liberalismus getroffen. Ja, sollen wir Orthodoxen nur den Mund halten und nie die Offensive ergreifen? Die Angriffe der liberalen Presse lassen mich kalt wie eine Hundeschnauze! (Lachen links.) Von mir aus mag der Lehrerverein wachsen, blühen und gedeihen. Er hat Verdienste um das hohe Niveau unserer Lehrerschaft. Andere Organisationen haben das aber auch. Wir wenden uns nur gegen den Geist, der gewisse Kreise im Verein beherrscht, und wenn wir dabei mit der Linken Fraktur reden müssen, so kann uns das niemand verargen. Hetzerei ist das gewiß nicht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Eickhoff** (Vp.) wendet sich gegen den Essener Oberbürgermeister Holle, der ihn beschuldigt habe, unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität unrichtige Angaben über die Aussetzung des Schulunterrichts nach einem gelungenen Schülerkonzert gemacht zu haben. Seit dem Amtsantritt des Oberbürgermeisters Holle habe das frühere freundschaftliche Verhältnis zwischen der Stadt und der Lehrerschaft aufgehört. Herr Holle greife eigenmächtig in den Schulbetrieb ein.

Abg. **Haarmann**-Witten (nl.) nimmt den Oberbürgermeister von Essen in Schutz.

Abg. **Schepp** (Vp.): Herrn Heß möchte ich bitten, Schulangelegenheiten ernst zu behandeln und nicht dabei die Wirkung auf die Lachmuskeln der Zuhörer zu berechnen. Der Redner bespricht Mißstände bei der Verleihung von Konzessionen.

Das Haus vertagt sich. Persönlich erklärt

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (Vp.), daß vor 12 Jahren auf Grund einer Denunziation gegen ihn eingeschritten wurde, daß aber der Staatsanwalt selbst die Einstellung des Verfahrens beantragt habe. Er überlasse das Urteil über den Abg. Kuntze dem Hause.

Abg. **Kuntze** (kons.) erwidert, er habe nichts hinzuzufügen.

Weiterberatung Mittwoch 11 Uhr. — Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung am 3. Mai 1910, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Zusatzabkommens zu dem Handelsvertrage mit Aegypten. Die definitive Verabschiedung erfolgt debattelos.

Zur zweiten Lesung steht der Gesetzentwurf zur Ausführung, der revidierten Berner Uebereinkunft betr.

Urheberschutz

für Werke der Literatur und Kunst.

Es liegt dazu ein Abänderungsantrag Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg vor, als § 32a folgende Vorschrift einzufügen: Für die ausschließliche Befugnis zur öffentlichen Aufführung eines Bühnenwerkes oder eines Werkes der Tonkunst tritt an die Stelle der Frist von 30 Jahren eine 50jährige Frist.

Abg. **Dietz** (Soz.) stimmt der Vorlage in der Kommissionsfassung zu, lehnt dagegen den Antrag Hohenlohe ab.

Abg. **Wagner** (kons.) stimmt den Kommissionsbeschlüssen zu, erklärt es aber für unerläßlich, die von der Kommission auf seinen Antrag in erster Lesung beschlossene, in zweiter Lesung aber wieder gestrichene Festlegung einer ganz bestimmten Gebühr (von 2 Proz. des Bruttoverkaufspreises) für die Lizenz zu mechanischer Vervielfältigung von Tonwerken wiederherzustellen. Er stellt einen entsprechenden Antrag. Der Redner beantragt außerdem, und zwar in Uebereinstimmung mit einem nur redaktionell etwas anders gefaßten Antrag Stresemann, daß der Vervielfältiger mechanischer Tonwerks-Instrumente die Rückvergütung der an den Autor gezahlten Gebühr beanspruchen dürfe für alle die Musikwerke, deren Ausfuhr nach Staaten ohne Urheberschutz erfolge.

Abg. **Junck** (nl.): Dieses Gesetz ist ein Vorteil namentlich auch für die mechanische Musikwerk-Industrie. Scheitert das Gesetz, so würde das den mechanischen Musikindustriellen nicht zum Vorteil, sondern zum Schaden gereichen. Der Antrag Wagner hat doch seine Bedenken. Wenn wir eine bestimmte Gebühr schematisch festlegen, so kann es kommen, daß das Ausland, insoweit es hauptsächlich den Schutz des Autors im Auge hat, die Gebühr nicht für ausreichend hält. Richtiger ist es, bei der Zwangslizenz dem Autor das Recht auf eine „angemessene" Vergütung zuzusprechen. Was im gegebenen Falle angemessen ist, wird der Verkehr selber schon am besten finden.

Abg. Müller-Meiningen (Vp.):

Ich kann mich dem nur anschließen. Der Vorschlag Wagner-Stresemann ist schon in der Kommission reiflich erwogen und von ihr abgelehnt worden. Aendern Sie also, ich bitte, nichts an den Beschlüssen der Kommission auf diesem so sehr komplizierten Gebiete. Bedenken Sie doch auch, daß wir, wie Kollege Junck mit Recht ausgeführt hat, mit der Zwangslizenz ohnehin der mechanischen Musikindustrie sehr weit entgegengekommen sind. Ebenso bedenklich ist es, wenn der Antrag Wagner-Stresemann die Rückzahlung der Gebühr für den Fall fordert, daß die Ausfuhr des Musikwerkes nach einem Lande erfolgt, das den Schutz für Tonwerke nicht kennt. Eine solche Rückzahlung würde ja geradezu einer Exportprämie nach solchen Ländern gleichkommen.

Abg. **Werner** (Resp.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. **Weber** (nl.) kann die Bedenken gegen den Antrag Wagner-Stresemann nicht teilen. Die Schwierigkeiten dabei seien nicht so groß. Der mechanischen Musikwerkindustrie müsse dieser Schutz für ihren Export gewährt werden.

Ein Regierungskommissar, Geheimrat **Degg**, bittet um Ablehnung der vorliegenden Anträge. Man übersehe bei diesem Antrage Wagner offenbar, daß dieses Gesetz ja den Autor nichts gebe, was er nicht schon habe. Der Autor eines Tonwerkes sei schon jetzt berechtigt, auf Grund seines Eigentumrechts, Ansprüche an den mechanischen Vervielfältiger seines Tonwerks geltend zu machen. Wolle man ihn nun zwingen, die Gebühr, die er von dem Vervielfältiger beansprucht und erhalten habe, zurückzuzahlen, falls der Export nach einem Auslandsstaate ohne solchen Urheberschutz stattfinde, so wäre das ein direkter Einbruch in das Recht des Autors.

Abg. **Wagner** (kons.) zieht darauf seinen Antrag zurück. (Der gleichlautende Antrag Stresemann bleibt indeß, da eine gleichartige Erklärung von dieser Seite nicht abgegeben wird, bestehen.)

Abg. **Marx** (Ztr.) erklärt sich für die Kommissionsbeschlüsse und gegen jeden Abänderungsantrag.

Nunmehr wird auch der Antrag Stresemann zurückgezogen.

Damit schließt diese Erörterung.

Bei einem weiteren Paragraphen erbittet

Abg. **Müller-Meiningen** (Vp.) eine authentische Interpretation dahin, daß 1. Zeitungsartikel von selbständigem literarischem Werte unbedingten Schutz genießen, 2. daß Zeitungsartikel in engerem Sinne, kurze Kritiken von Tagesereignissen usw. den Schutz nur im Falle eines entsprechenden Vorbehalts haben, 3. daß Nachrichten tatsächlichen Inhalts keinen Schutz genießen sollen, wenn sie nicht zur zweiten Gruppe gehören, d. h. eine gewisse originelle Arbeit darstellen.

Ein **Regierungskommissar** bestätigt die Richtigkeit dieser Begriffsbestimmung.

Abg. Erbprinz **Hohenlohe-Langenburg**, (Hospitant der Reichspartei,) befürwortet seinen Antrag, wonach für die ausschließliche Befugnis zur öffentlichen Aufführung eines Bühnenwerkes oder eines Werkes der Tonkünste an die Stelle der Frist von 30 Jahren eine 50jährige Frist treten soll.

Entlastung des Reichsgerichts.

Die Kommission hat den Regierungsentwurf gänzlich umgestaltet. Das Difformitätsprinzip, d. h. der Ausschluß der Revision bei übereinstimmenden Entscheidungen des Landgerichts und Oberlandesgerichts, ist aus dem Entwurf beseitigt worden. Statt dessen soll die Entlastung herbeigeführt werden durch die Erhöhung der Revisionssumme von 2500 auf 4000 Mk., den Ausschluß der Beschwerden, und, was die Kommission in einer Resolution beantragt, durch Einstellung eines neuen Zivilsenats, sobald sich ergibt, daß die vorhandenen Kräfte zur Bewältigung der Arbeit auf die Dauer nicht ausreichen. Die vorhandenen Reste sollen durch Hilfsrichter bis Ende 1913 aufgearbeitet werden.

Die Sozialdemokraten beantragen die Beschwerde zuzulassen, wenn die Verweigerung des Armenrechts den Gegenstand der Anfechtung bildet. In gleicher Richtung bewegt sich ein Antrag Schmidt-Warburg (Ztr.). Ein weiterer Antrag Schmidt-Warburg will die vorgeschlagene Erhöhung der Gebührensätze in den oberen Instanzen beseitigen. Ein Antrag Dr. Junck (nl.) schlägt als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes den 1. Juli 1910 vor. Ein Antrag Kirsch (Ztr.) will die Hilfsrichter nur aus den Oberlandesgerichten, nicht auch aus den Landgerichten entnehmen, wenn doch, dann aus den Amtsgerichten.

Abg. Dr. **Thaler** (Ztr.): Ein Teil meiner Freunde wird den Entwurf ablehnen. Die Abhilfe darf nicht erfolgen durch eine Einschränkung des Rechtsweges, sondern durch eine Vergrößerung des Reichsgerichts. Man solle lieber 2 oder 3 neue Zivilsenate errichten. Die Beseitigung des Difformitätsprinzips begrüßen wir mit Freude.

Abg. **Göhling** (Vp.): Trotz schwerer Bedenken stimmen wir der Kommissionsvorlage zu. Sie ist ja nur ein Provisorium. Die organische Reform des Zivilrechts muß ja doch bald kommen. Die Vermehrung der Senate würde die Rechtseinheit gefährden und mit 2 neuen Senaten wäre auch nicht viel geholfen. Der Staatssekretär möge auch für eine Verjüngung des Richterpersonals am Reichsgericht sorgen.

Abg Dr. **Heinze** (nl.): Die Prozeßsucht überhaupt muß eingeschränkt werden. Die Vermehrung der Senate lehnen auch wir im Interesse der Rechtseinheit ab, ebenso das Difformitätsprinzip. Also bliebe nur die Erhöhung der Revisionssumme übrig.

Abg. **Heine** (Soz.): Gewiß ist der heutige Zustand unhaltbar, aber es gibt da kein anderes Mittel, als eine Vermehrung des Richterpersonals. Darüber hinaus darf aber die organische Gesamtreform des Zivilrechts nicht vergessen werden. Die Erhöhung der Revisionssumme lehnen wir ab, ebenso das ganze Gesetz.

Staatssekretär Dr. **Lisco**: Die Regierung konnte dem Reichstag nicht ins Herz sehen und wissen, daß er einer Erhöhung zustimmen würde. Hätte sie das geahnt, dann würde sie gar nicht den „obiösen" Vorschlag des Difformitätsprinzips gemacht haben. Die Wirkungen der Erhöhung der Revisionssumme werden sich freilich erst langsam zeigen. Wir werden gern dem Vorschlage näher treten, Hilfsrichter einzustellen. Es ist unser fester Wille, zu einer organischen Aenderung des Zivilprozesses zu kommen. Darüber wird freilich noch eine Reihe von Jahren hingehen. Ueber eine Verjüngung des Reichsgerichts schweben Erwägungen.

Abg Schmidt-Warburg (Ztr.) begründet seinen Antrag, der im Interesse der Armen liegt.

Abg. **Heine** (Soz.) schließt sich an.

Staatssekretär **Lisco** und Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.) bekämpfen den Antrag. Wenn man das Reichsgericht entlasten will, muß man ihm die Armensachen abnehmen.

Die Abgg. Dr. **Dziembowski** (Pole) und **Hildenbrand** (Soz.) befürworten erneut den Antrag Schmidt-Warburg.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr, außerdem kleinere Vorlagen.

Schluß 8 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Kaiser gegen das studentische Trinken.

Bei der letzten Anwesenheit auf der Hohkönigsburg sprach der Kaiser unter anderen auch den Sohn des Wiederherstellers der Burg, des Architekten Professor Bodo Ebhardt, an, der kürzlich in das Freiburger Korps Rhenania eingesprungen ist. Der Kaiser zog den jungen Studenten in ein längeres Gespräch und äußerte sich dabei in sehr dringender Form gegen das übermäßige Trinken in den deutschen Studentenkreisen, namentlich in den Korps. Er bezeichnete diese Unsitte als einen großen Nachteil für das deutsche Volk und für die einzelnen Studenten. Beide geraten, so führte der Kaiser aus, ins Hintertreffen gegen die Ausländer, die zum Teil infolge vernünftigerer Trinksitten, besonders in den jüngeren Jahren, später im Kampfe des Lebens weit größeren Widerstand zu leisten vermögen. Der Aufenthalt in den Tropen, worauf ja besonders die Deutschen bei dem zunehmenden Welthandel mehr und mehr angewiesen sind, ist bei starkem Alkoholgenuß äußerst gefährlich.

Man kann dieser Mahnung des Kaisers nur zustimmen.

Die Versöhnungspolitiker in Braunschweig

sind wieder einmal — nicht auf ihre Rechnung gekommen! — Der Kaiser und der Herzog von Cumberland werden sich in der Taufkapelle des Schweriner Schlosses nicht begegnen. Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg läßt durch die „Braunschweiger Neueste Nachrichten" erklären, daß er niemals die Absicht gehabt habe, bis zu den Tauffeierlichkeiten in Schwerin zu bleiben. — Wir haben vor einiger Zeit schon in einem ähnlichen Fall daran erinnert, daß Fürstenbegegnungen bei politischen Dingen heute nicht mehr Ausschlaggebend sind, am allerwenigsten in der sog. Braunschweigischen Frage, die durch den Eintritt des jüngsten welfischen Prinzen in die bayerische Armee längst gelöst ist. —

Parlamentarisches.

Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses trat gestern zu einer Besprechung zusammen. Es wurde beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, daß die Vertagung erst am 11. Mai eintreten und die Tagung am 24. Mai 1 Uhr wieder eröffnet werden möge. Am 25. Mai soll die Wahlrechtsvorlage auf die Tagesordnung gestellt werden. Vor Pfingsten soll noch die erste Lesung über den Wohnungsgeldzuschuß und die Eisenbahnanleihe erledigt werden. Darüber, ob der bekannte Antrag auf Verschärfung der Geschäftsordnung noch vor den Pfingstferien auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Man wird deshalb die Beschlußfassung hierüber dem Plenum überlassen müssen. Die ursprüngliche Abrede ging jedenfalls dahin, noch der dritten Lesung des Etats zunächst alle zum Etat gestellten Resolutionen zur Beratung zu bringen und erst nachher an die Initiativanträge, zu denen jener Antrag auf Verschärfung der Geschäftsordnung gehört, heranzutreten.

Zur Wahlrechtsvorlage wird der „Voss. Ztg." aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, daß das Gesetz in der Fassung, die es jetzt im Herrenhaus erhalten hat, jedenfalls nicht angenommen und verkündet werden kann. Es sei übersehen worden, bei der Dritteilung Vorsorge für den Fall zu treffen, daß sich in einzelnen Urwahlbezirken Wähler der entsprechenden Abteilung nicht vorfinden. Diese Lücke auszufüllen, sei das Herrenhaus bei der wiederholten Abstimmung nach seiner Geschäftsordnung nicht mehr in der Lage. Das Abgeordnetenhaus werde vielmehr eine für diesen Fall berechnete Bestimmung einzufügen haben. Demnach sei mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß die Vorlage, wenn sie am 21. Mai vom Herrenhaus angenommen ist, noch einmal an dieses Haus zurückkommt, vorausgesetzt, daß sie in irgend einer Form im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit erlangt. Gestern verlautete, daß Herr v. Heydebrand entschlossen sei, unter allen Umständen ein Bündnis mit dem Zentrum festzuhalten und den dem Antrag Schorlemer entsprechenden Beschluß rückgängig zu machen.

Der Gesetzentwurf für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von staatlichen Arbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Der Entwurf fordert zwölf Millionen Mark, die zu den bereits für diese Zwecke bewilligten 120 Millionen Mark hinzutreten. Die Mittel werden durch eine Anleihe gedeckt. An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schatzanweisungen aus gegeben werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100504018/fragment/page=0002

Schule.

Ein merkwürdiger Schulfall

hat sich in Gonzenheim in Hessen abgespielt. Einem Vater ist die Aufnahme seines schulpflichtigen Töchterchens in die Bürgerschule verweigert worden, weil kein Taufschein des Kindes vorgelegt werden konnte, das eben nicht getauft worden ist. Eine Vermittlung des Bürgermeisters hatte keinen Erfolg, worauf sich der Vater an die Regierung in Wiesbaden wandte, die wohl der Gonzenheimer Schule die nötige Aufklärung geben wird.

Da es jedermann freisteht, seine Kinder taufen oder nicht taufen zu lassen, gehört der Taufschein selbstverständlich nicht zu den notwendigen Bedingungen der Aufnahme in die Schule. Der Schulpflicht steht das Recht auf die Aufnahme gegenüber, und deren Verweigerung wegen mangelnden Taufscheins ist einfach ungesetzlich.

Aus den Kolonien.

Der Vertrag mit der Kolonialgesellschaft von Deutsch-Südwestafrika ist gestern auf dem Reichskolonialamt unterzeichnet worden. Der Vertrag ist damit perfekt geworden, ohne daß er dem Landesrat von Südwestafrika, wie dieser verlangte, vorgelegt worden ist. Die „Kölnische Zeitung" bemerkt hierzu, daß das Vorgehen des Staatssekretärs im Interesse der Reichsautorität dankbar zu begrüßen sei, um der kolonialfeindlichen Klique im Reichstag entschieden entgegenzutreten.

Heer und Flotte.

Regimentsjubiläum. In Saarbrücken wurde in Gegenwart des Prinzen Leopold von Bayern das 50jährige Jubiläum des westfälischen Dragonerregiments Nr. 7, dessen Chef der Prinz ist, gefeiert.

Kleine politische Nachrichten.

Einen krassen Fall von Intoleranz

berichtet der „Fränk. Kur." aus Nürnberg. Danach hat das dortige Konsistorium aus dem Programm des geistlichen Konzerts in der Sebaldusirche die Streichung der altehrwürdigen Komposition „Stabat mater" aus konfessionellen Erwägungen verfügt. Diese Intoleranz auf musikalischem Gebiete klingt geradezu unglaublich.

Hof- und Personalnachrichten.

König Wilhelm II. von Württemberg ist seit mehreren Tagen leicht erkrankt. Infolgedessen sind die Kaiserparaden in Stuttgart und Ulm abgesagt worden.

Ausland.

Die Kiewer Ausweisungen.

Aus Kiew wird uns berichtet:

Alle Bemühungen um die Einstellung der drakonischen Maßregel sind im Sande verlaufen. Alea jacta est. Am 15. April haben **1200 jüdische Familien zum Wanderstab greifen müssen,** der für viele zugleich den Bettelstab bedeutet. Mit der Vollstreckung der Ausweisung wurde die Gendarmerie beauftragt, da man der Polizei nicht recht vertraut, daß sie nicht schnöden Geldes wegen bisweilen Vaterlandsverrat begehen und einen ausgewiesenen Juden einige Tage länger in Kiew belassen werde. Die in ihrer Unschuld gekränkte Polizei sucht sich nun durch verdoppelten Diensteifer zu rehabilitieren. So werden mit jedem Tage immer neue Juden unter die kritische Lupe des jüngsten Stolypinschen Zirkulars genommen, und die Zahl der Exulanten wächst zusehends. — Gleichzeitig geht uns aus London eine Meldung zu, durch die wenigstens ein schwacher Lichtstrahl auf das düstere Kapitel barbarisch-russischer Zustände fällt. Nach der Mitteilung des Berichterstatters der „N. J. K." sprachen:

Mr. D. L. Alexander, K. C., als Vertreter des Board of Deputies, und Mr Karl Stettauer, L. C. C., als Vertreter der Anglo Jewish Association diese Woche beim Minister des Auswärtigen und ersuchten ihn, sich bei **der russischen Regierung zu verwenden, um die Ausweisungen der Juden aus Kiew rückgängig zu machen.** Das Foreign Office soll die Herren sehr freundlich empfangen und seine tief empfundene Sympathie mit den 1200 unglücklichen Familien in Kiew ausgedrückt haben. Es soll sich auch, wie ich erfahre, diesbezüglich an den englischen Botschafter in St. Petersburg gewendet haben. Man erwartet hier ein sehr günstiges Resultat dieser Verwendung, die sehr würdig und energisch gewesen sein soll.

Die Straßenkämpfe in Dünkirchen.

Ueber die Ausschreitungen ausständiger Arbeiter, deren Schauplatz bekanntlich Dünkirchen war, liegen jetzt ausführliche Berichte vor. Die seit mehreren Wochen streikenden Bauarbeiter hielten in der Arbeitsbörse eine Versammlung ab, worauf sie einen von den Behörden verbotenen Umzug durch die Stadt ausführen wollten. Die Straßen waren jedoch durch Polizei und Gendarmerie abgesperrt; die Streikenden versuchten dennoch, durch die reitenden Abteilungen zu dringen, und dabei ereigneten sich

ernste Zusammenstöße.

Das Pferd eines Offiziers erhielt einen Stich in die Brust, der Offizier stürzte zu Boden, konnte sich aber unverletzt erheben. Reiter trieben darauf die Demonstranten auseinander. Dabei wurde der Arbeiter Poulain durch den Hufschlag eines Pferdes schwer verletzt. Erbittert kehrten die Arbeiter zur Börse zurück, um dort ein neues Meeting zu veranstalten. Darauf veranlaßten mehrere Streikende die Docker, sich ihnen anzuschließen. Die Arbeiter formierten sich jetzt in drei Kolonnen und zogen, voran eine Tafel mit der Inschrift: „Wir wollen Poulain rächen!" nach der Stadt. Eine ihrer Kolonnen belagerte eine Scheune, hinter der eine Abteilung

Dragoner Schutz gesucht

hatte, stürzte die Gaslaterne um, hielt die Straßenbahnwagen an und zwang die Reisenden, auszusteigen. Ungefähr 3000 Mann begaben sich nach dem Bahnhofe; hier bewaffneten sich die Manifestanten mit Eisenstücken, Stangen, Stöcken, Trümmern von zerbrochenen Gläsern und Flaschen und begannen die Dragoner damit zu bewerfen. Die Soldaten bestiegen ihre Pferde und stürmten auf die Manifestanten ein; diese suchten Schutz hinter den Waggons und schleuderten von allen Seiten einen wahren

Hagel von Wurfgeschossen

auf die Soldaten. Drei Gendarmen, ein Unteroffizier und ein Kavallerist stürzten und wurden ziemlich ernstlich verwundet. Schließlich gelang es einer zweiten Eskadron, den Manifestanten in den Rücken zu fallen, und diese stoben nach allen Richtungen auseinander.

Später sind ein Infanterie-Regiment, vier Eskadrons Kavallerie und 200 Gendarmen in Dünkirchen eingetroffen.

Es wird fortgehetzt.

= Das Schwinden des englischen Einflusses und das Ueberhandnehmen der nationalistischen Bewegung in Aegypten bilden seit einiger Zeit wieder das Thema ausführlicher Erörterungen in der englischen Presse, wobei die Ingoblätter es natürlich nicht unterlassen können, gelegentlich Seitenhiebe auf Deutschland zu führen. Das Hetzblatt „Daily Expreß" hat z. B. vor kurzem eine Serie von Artikeln über die bedenkliche Lage in Aegypten begonnen, wobei den Deutschen die Absicht untergeschoben wurde, Pläne zur finanziellen Eroberung Aegyptens zu schmieden.

Jetzt fährt das Blatt mit seinen des britischen Nationalstolzes sehr unwürdigen Jeremiaden fort, indem es eine sehr trübe Schilderung eines ungenannten, „soeben aus Aegypten zurückgekehrten englischen Reisenden" veröffentlicht. Danach herrscht dort die allgemeine Meinung, daß größere Unruhen bevorstehen. Die Truppen werden fortwährend in Feldmanövern beschäftigt, um sie auf die Bekämpfung dieser Unruhen vorzubereiten. In Kairo ist in den Kasernen ein Befehl angeschlagen, der allen britischen Offizieren den Urlaub verweigert. Die Eingeborenen boykottieren alle britischen Waren; die Deutschen nehmen dies natürlich wahr und forcieren ihren Handel. Diese Konkurrenz wird von den Engländern bitter empfunden. Auf den Zollämtern finden sehr peinliche Nachforschungen nach Waffen und Munition statt.

Kleine Tagesnachrichten.

Deutsche Stewards auf englischen Schiffen.

Die Betriebsleitung der Cunard-Linie kündigt an, daß auf den Linien Liverpool-Amerika von nun ab der größte Teil der englischen Stewards durch deutsche ersetzt werden wird, die der englischen und französischen Sprache mächtig sein müssen. Begründet wird diese Maßregel damit, daß die Zahl der deutschen und französischen Passagiere der Cunard-Linie beständig zunimmt. Das erste Schiff mit deutschen Stewards wird die „Carmania" sein, die am 1. d. Mts. von Newyork nach Liverpool abgeht. Wie verlautet, werden die englischen Fachgewerkschaften gegen die Verfügung der Cunard-Linie energisch Front machen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 4. Mai.

Steuerüberraschung

Die hiesigen Beamten erhalten jetzt folgende Aufforderung:

Halle a. S., den 25. April 1910.

Magistrat der Stadt Halle a. S.

J.-Nr. II e 1998/10.

Nach §§ 15 und 16 der hiesigen Gemeinde-Einkommensteuer-Ordnung vom 4. März 1895 bezw. §§ 63 und 82 des Kommunal-Abgabengesetzes ist der Steuerausschuß, soweit er nicht auf anderem Wege zur Kenntnis der für die Besteuerung maßgebenden Besteuerungsmerkmale gelangt, ermächtigt, von dem Steuerpflichtigen hierüber binnen einer angemessenen Frist Auskunft zu erfordern, und unterliegt dieser einer Strafe bis 30 Mark, wenn er die Erteilung dieser Auskunft unterläßt.

Auf Grund dieser Vorschrift werden Sie hierdurch aufgefordert, uns zum Zwecke Ihrer Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1910 binnen 4 Tagen mitzuteilen, auf wie hoch sich die Beträge belaufen, die Sie auf Grund der neuen Besoldungsvorschriften im Kalenderjahre 1909 für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1908 nachgezahlt erhalten haben.

Für den Gemeindesteuerausschuß.

Der Magistrat.

(gez.) v. Holly.

Hierzu erhalten wir aus Postkreisen folgenden Artikel aus der „Deutschen Postzeitung":

Nach dem Erlaß des Finanzministers vom 19. Juli 1909 J.-Nr. II 7981, betreffend die den Beamten für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1908 nachgezahlten Besoldungserhöhungen, sollen diese Beträge, da sie Vergütungen für die von den Empfängern im Kalenderjahr 1908 geleistete Tätigkeit darstellen, gemäß § 9 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes für das Steuerjahr 1910 nicht für einkommensteuerpflichtig erachtet werden. Da nach § 36 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 die Veranlagung zur Gemeindesteuer nur auf Grund der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer zu erfolgen hat, so müßten hiernach auch die Gemeinden die für das Jahr 1908 nachgezahlten Beträge steuerfrei lassen. Trotzdem beabsichtigen viele Kommunen auch diese nachträglich gezahlten Vergütungen zu besteuern, indem sie den §§ 36 und 37 des Kommunalabgabengesetzes eine andere Auslegung geben. Diese Maßnahme hat natürlich unter den betreffenden Beamten nicht geringe Aufregung hervorgerufen, zumal trotz des klaren Wortlautes des oben genannten Gesetzes auch durch die Zeitungen die Nachricht verbreitet wurde, daß die Gemeinden mit ihrem Vorgehen sich im Recht befänden, da die Gemeinden in bezug auf die Erhebung ihrer Steuern vollständig autonom sind und nach früheren Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts der Verzicht des Staats auf seine Einkommensteuer für die Gemeinden keineswegs bindend ist. Auch soll hiernach zwischen dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern Uebereinstimmung bestehen, daß die Gemeinden dazu berechtigt sind. Soweit wir in Erfahrung haben bringen können, sind Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts in derselben Frage überhaupt nicht ergangen. Man hat anscheinend in jenen Artikeln die Praxis des Oberverwaltungsgerichts — Band XIV S. 54 ff. — im Auge, die sich auf die Besteuerung nachträglich gezahlter Tantième bezieht. Ein solcher Vergleich ist aber unhaltbar, da Gehalt und Tantièmen selbständig nebeneinander stehen, während die nachgezahlten Besoldungserhöhungen mit dem Gehalt ein wirtschaftliches Ganzes darstellt. Ob das Finanzministerium und das Ministerium des Innern tatsächlich in der Gemeindesteuerfrage die Stellung einnehmen, wie die Zeitungen darstellen, hat sich nicht feststellen lassen. Aber wenn dem auch so sein sollte, so ist noch lange nicht gesagt, daß das Oberverwaltungsgericht in dieser Streitfrage, falls sie zum Austrag kommen sollte, nicht doch ein ganz anderes und für die Beamtenschaft günstiges Urteil fällt. Der Rechtsbeistand unseres Verbandes hat in dieser Frage folgendes Rechtsgutachten abgegeben: „Ich bin der Ansicht, daß gemäß § 36 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 für die Veranlagung zur Gemeindesteuer lediglich die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer nach dem formellen Wortlaut maßgebend ist. Eine andere Auslegung der §§ 36 und 37 des K.A.G. erscheint mir nicht angängig, da es im Abs. 1 des § 36 heißt: „nur auf Grund der Veranlagung von Staatseinkommensteuer". Es kann daher nur jedem Beamten empfohlen werden, falls er seitens seiner Gemeinde bezüglich der für 1908 nachträglich gezahlten Besoldungsbezüge zur Kommunalsteuer herangezogen werden sollte, dagegen Berufung einzulegen und den Streit bis zur höchsten Instanz, d. i. das Oberverwaltungsgericht, auszufechten. Schließlich möchten wir noch auf einen Artikel im „Preußischen Verwaltungsblatt" — Jahrg. 21 Nr. 27 — vom Regierungsassessor Dr. Loeblich in Liegnitz hinweisen, der sich ebenfalls mit dieser Frage eingehend beschäftigt und sie juristisch beleuchtet. Verfasser kommt in seiner Ausführung zu dem Schluß, daß die Nachzahlung mit der Besoldungsrate der maßgebenden Zeit eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit bildet, die dem Ergebnis des Kalenderjahres 1908 angehört und daher auch von den Kommunen von der Gemeindeeinkommensteuer für das Steuerjahr 1910 frei zu lassen ist. Ihm erscheint, wie er ausführt, die in Beamtenkreisen zu beobachtende Beunruhigung über die seitens mancher Gemeinde geplante Besteuerung der Gehaltsnachzahlungen daher unbegründet."

„Die Walküre"

als zweiter Abend der Richard Wagner-Festspiele hatte sich der stärksten Anteilnahme des Publikums, das gestern in allen Rängen des Hauses stattlich vertreten war, zu erfreuen. Kapellmeister Mörike leitete das musterhaft spielende Orchester in den ersten zwei Aufzügen mit erfreulicher Zurückhaltung und trotzdem feinster dynamischer Schattierung. Ernst Kraus war als Siegmund nicht in allen Teilen gleich gut. Es gab herrliche heroische Momente, aber auch gesanglich recht schwache lyrische Stellen. Unvergleichlich schön sang dagegen Frau Fleischer-Edel als Sieglinde. — Heute abend mehr.

W. G.

Ein Schuhmacherstreik

ist hier ausgebrochen. Die Gehilfen haben 10 Prozent Lohnerhöhung verlangt, was die Innungsmeister ablehnten. Es arbeiten nur noch 25 Gehilfen.

Wie man uns schreibt, sollen die Differenzen vor das Einigungsamt gebracht werden.

Hallescher Fußballsport.

Wacker-Leipzig schlägt Halle 96 3:0.

Das Spiel, das in Anbetracht des wenig günstigen Wetters schwächer als sonst besucht war, brachte dem Publikum durch das Versagen der einheimischen Mannschaften leider eine unangenehme Enttäuschung, über die auch das glänzende Spiel der Leipziger, die nach ihrer eigenen Aussage ihr bestes Treffen der Saison geliefert haben, nicht ganz hinweghelfen konnte. Nach der schon seit vor Ostern ununterbrochenen Reihe von Erfolgen der 96er kann man das Versagen nur mit einer durch die allsonntäglichen Kämpfe mit den schärfsten Gegnern hervorgerufene Ueberanstrengung und Abspannung der Elf erklären, anders ist der gänzliche Mangel an Angriffsfreudigkeit und Energie nicht verständlich. Von der vollständigen Mannschaft unserer 96er zeigte auch nicht einer sein sonstiges Können, was umsomehr auffiel, als, wie gesagt, die Gäste ein Spiel vorführten, an dem man seine helle Freude haben konnte..

Von Anstoß an greifen die Leipziger lebhaft an, doch vereitelt die Hallische Verteidigung, im Verein mit den Torpfosten, wiederholt gute Chancen; auch über das Leipziger Tor gehen 2 Bälle knapp. Nach Wiederbeginn ist das Spiel zunächst offen, wenn auch eine Ueberlegenheit der Gäste über die recht lust- und energielos spielenden 96er nicht zu verkennen ist. Ein geschickt behandelter Freistoß bringt den Leipzigern den ersten Erfolg, eine kurz vorm Tor abgefaßte Flanke den zweiten und ein scharfer Schuß des linken Stürmers den dritten. Halle läßt noch in der letzten Minute eine Chance für ein Ehrentor unbenutzt.

Um die Mannschaft zu dem schwersten Spiele der Saison gegen den „Deutschen Fußball-Klub Prag", das bekanntlich am zweiten Pfingstfeiertage hier stattfindet, wieder in der letztgewohnten vortrefflichen Verfassung stellen zu können, wird der H. F.-Kl. v. 1896 am kommenden Sonntag die Elf spielfrei lassen, damit sie Pfingsten in der Lage ist, vollkommen ausgeruht und frisch der besten Mannschaft des Festlandes entgegenzutreten, und so unsere Stadt in diesem Kampfe würdig zu vertreten.

Den Roten Adlerorden 4. Klasse erhielt der Pfarrer Otto Bötticher in Holle, bisher in Volkstedt bei Eisleben.

Der Lehrerverein der Umgegend von Halle a. S. hält Sonnabend, den 7. Mai, 2¾ Uhr, im Vereinslokal des Restaurants „Schultheiß" in Halle a. S. Poststr. 5, eine Sitzung ab, in welcher Herr Rektor Hemprich in Naumburg über das Thema sprechen wird: „Die Gefahren der Schundliteratur und ihre Bekämpfung durch die Schule." Gäste, auch Nichtmitglieder, sind geladen.

Die Cröllwitzer Linie der Straßenbahn kann heute wegen unvorhergesehener baulicher Aenderungen, die die Stadt vornimmt, nur bis zum Gasthof „Mohr" betrieben werden.

Unterhaltungsblatt.

Der brennende Berg. Von Hans Strobl. (Forts.) — Ausgespannt. Geschichte von Gerd Harmstorff. — Bunte Zeitung. — Der Büchertisch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100504018/fragment/page=0003

Kunst und Wissenschaft.

Ein vergessener Geniepoet.

(Zum 100. Geburtstage Robert Griepenkerls.)

Am 4. Mai 1810 wurde zu Hofwyl im Kanton Bern Robert Griepenkerl geboren, ein Poet, der sich selbst „den Dichter der Zukunft" nannte und der nun längst der Vergessenheit angehört. Er ist in der Zeit vor 1848, als die Sehnsucht nach großen Taten und Heldengestalten nur in der Dichtung noch Ausdruck finden konnte, von Ort zu Ort gezogen, hat seine großgewollten Dramen „Maximilian Robespierre" und „Die Gironde" vorgelesen und eifrig dafür Propaganda gemacht.

„Was kein Shakespeare konnte, kein Calderon, kein Racine, kein Corneille, kein Goethe — ja selbst kein Schiller —", so verkündete er, „das kann die Bühne der Gegenwart erreichen, wenn die Bretter unter dem Kothurn der Wirklichkeit donnern."

Und eine kurze Frist hat ihm das Publikum zugejubelt, haben seine Dramen Aufsehen und Beifall gefunden; man hat ihn damals öfters mit Hebbel verglichen, aber während dem Dichter der „Nibelungen" eine späte glänzende Auferstehung in unseren Tagen bestimmt war, wird der Dichter des „Robespierre" stets nur eine merkwürdige Kuriosität der Literaturgeschichte bleiben. Das tragische Verhängnis, das in einer Epoche fieberhafter Erregung und gezwungener Untätigkeit alle großen Pläne und Phantasien in das unwirkliche Reich des Gedankens drängte, hat in Griepenkerls Schicksal einen verzerrten Ausdruck gefunden, indem er eine schwache Begabung zur grenzenlosen Selbstverhimmlung steigerte und in einen furchtbaren Zwiespalt des Lebens und Dichtens hineintrieb. Was bei dem wirklich hochbegabten Grabbe zu einem erschütternden Trauerspiel einer Künstlerseele wurde, das artete in Griepenkerl zur Karikatur aus.

Sein Vater war ein tüchtiger Schulmann und angesehener Gelehrter, der am Karolinum in Braunschweig wirkte. Der Sohn, der früh dichterische und schriftstellerische Begabung zeigte, sollte Theologie studieren, beschäftigte sich aber bald ausschließlich mit poetischen und ästhetischen Arbeiten und trat zunächst als Musikkritiker und Literarhistoriker hervor.

Er wurde dann auch als Lehrer der Aesthetik und Kunstgeschichte am Karolineum angestellt und 1840 sogar zum Professor des deutschen Literatur an der Kadettenanstalt zu Braunschweig ernannt, aber die pädagogische Beschäftigung befriedigte ihn nicht und der Professor war ihm nicht mehr als ein leerer Titel. Unterdessen waren seine Dramen erschienen, Werke voll pathetischer Theatralik und nicht ohne dramatische Wucht, die mit geistreicher Schlagfertigkeit bedeutende historische Perspektiven eröffneten, aber keine Lebenswahrheit, keine Charaktergestaltung zeigten. Es wurde nun das einzige Ziel seines Strebens, diesen gequälten, von einer forcierten Leidenschaft getragenen und von unruhigen Effekten grell durchzuckten Dichtungen die Anerkennung zu verschaffen, die ihnen nach seiner Meinung gebührte. In unablässig fortgesetzten Irrfahrten, in einer rastlosen Begier nach Ruhm suchte er sich eine festere Existenz zu gründen, aber sein ruheloser Geist und der Dämon der Trunksucht, der sich seiner bemächtigt, zerstörten sein Wollen.

Nach einem unglücklichen und peinlichen Dasein, dem Elend und Not nicht fernblieben, starb er am 16. Oktober 1868 zu Braunschweig im Hospital.

Welche Hoffnungen man eine Zeitlang an ihn knüpfte, beweist u. a. ein Brief Gottfried Kellers an Hettner, der trotz der Unwahrheit und Phrasenhaftigkeit des Ganzen im „Robespierre" doch Szenen „von bestem Stoffe" fand und mit den Worten schloß: „Wenn nur Griepenkerl ein junger Mensch und nicht so ein alter Sünder und Professor wäre, so ließen sich die schönsten Hoffnungen schöpfen."

Chronik.

In der Akademie der Wissenschaften hielt Geh. Rat von Wilamowitz-Moellendorf einen Vortrag über „Forschungen zur Entstehungsgeschichte der Ilias". Die Dichtung ist, wie der bekannte Altertumsforscher nachwies, wohl in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts v. Chr. anzusetzen. Sie ist also jünger, als man sonst annahm.

Vom Stenographen-Verband Stolze-Schrey. Die Kurzschriftschule Stolze-Schrey ist im vergangenen Jahre in Deutschland um 124 Vereine und 5959 Mitglieder, ihre Unterrichtsziffer um 4572 gewachsen. Die Kurzschriftgemeinschaft Stolze-Schrey zählt im Deutschen Reiche 1729 Vereine mit 62 902 Mitglieder und hat im letzten Zähljahre 1907 603 Personen kurzschriftlich ausgebildet. An der Spitze des Stenographenverbandes Stolze-Schrey stehen der Redakteur Max Bädler, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 123b, und der Realgymnasialdirektor Prof. Wetekamp, Berlin W. 30, Hohenstaufenstraße 49.

Die Feier ihres 150jährigen Erscheinens beging am 1. Mai die „Saarbrücker Zeitung".

Theater und Musik.

Der Nibelungen-Ring im Dessauer Hoftheater.

H. T. B. Aus **Dessau** wird uns geschrieben: Das Dessauer „Herzogliche Hoftheater" hat seine ebenso arbeitsame als ertragreiche Spielzeit 1909/10 am 30. April durch eine zyklische Aufführung von Richard Wagners „Ring des Nibelungen" (mit den Kammersängern Herren Karl Perron und Leo Rains, sowie Frau Kammersängerin Louise Reuß-Belce aus Dresden, als Gästen) besonders glänzend abgeschlossen. Außer den „Feen", „Rienzi" und natürlich auch „Parsifal" waren sämtliche Musikdramen Wagners, zum Teil wiederholt, im Spielplane vertreten. Vier Uraufführungen in Oper und Drama, sowie eine Reihe bemerkenswerter Erstaufführungen bezw. Neu-Einstudierungen (darunter die beiden Teile des Goetheschen „Faust", die „Wallenstein"-Trilogie, Ibsens „Kronprätendenten", Glucks beide „Iphigenien", Liszts „Heilige Elisabeth") bilden die weitere Signatur der verflossenen Spielzeit.

Dessauer Opernaufführungen in Jena.

Auch in diesem Jahre werden die „Dessauer" die Stadt Jena besuchen. Sie werden, wie die „Jen. Zeit." berichtet, am Mittwoch, den 4. Mai, die volkstümliche Oper „Mignon" von Ambroise Thomas, am Freitag, den 6. Mai den „Bajazzo" von Leoncavallo, darauf eine Novität, Leo Blechs einaktiges „Versiegelt", am Sonntag d'Alberts „Tiefland", geben.

Erster Bericht des Lauchstedter Theatervereins.

In geschmackvoller Ausstattung ist der erste Bericht des Lauchstedter Theatervereins erschienen. Neben einigen schön entworfenen und gut ausgeführten Bildern bringt er den von der Vorstandschaft unterzeichneten Aufruf des Vereins, eine Uebersicht über das vergangene Jahr und das schon sehr viele Namen umfassende Mitgliederverzeichnis. Aus dem Bericht ersieht man am deutlichsten, welche Fortschritte der Verein schon gemacht hat. Möge auch weiterhin seine ersprießliche Tätigkeit derart gelingen!

Provinzial-Nachrichten.

Mord.

Schweinitz, 3. Mai. In der Nacht vom Sonntag zum Montag hat im nahen Hilmersdorf der 27jährige Ziegelarbeiter Friedrich Schulze seine Geliebte, die 24 Jahre alte Emma Weißbrot durch sechs Messerstiche getötet und danach die Leiche an einem Baume aufgehängt. Der Täter wurde verhaftet.

Ordensverleihungen in der Provinz.

Dem Superintendenten a. D. Richard Flashar zu Hameln, bisher in Gröningen, Kreis Oschersleben, wurde der Rote Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife verliehen. den Pfarrern Franz Heine zu Kloster Gröningen im Kreise Oschersleben und Ernst Jähler zu Niemberg im Saalkreise, dem emeritierten Pfarrer Emil Pfaff zu Mühlhausen i. Th., bisher in Sundhausen, Kreis Langensalza, der Rote Adlerorden vierter Klasse, den emeritierten Pfarrern Dr. Wilhelm Martins zu Ilfeld, bisher in Freienbessingen, Kreis Langensalza, und Georg Quehl zu Hornburg im Landkreise Halberstadt der Königliche Kronenorden dritter Klasse.

Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die

Lützendorf, 2. Mai (Erhängt) hat sich der Gutsbesitzer Otto Hündorf von hier auf seinem Getreideboden. Die Tat erscheint allen rätselhaft, da H. in guten Verhältnissen lebte.

Torgau, 3. Mai. (Verhängnisvoller Sturz.) Der Maurer Gottlob Krätzschmar, der gestern in einem Hofe der Leipziger Straße auf einer hohen Leiter stehend arbeitete, hatte das Unglück, herabzustürzen und den Oberschenkel zu brechen. Der 72jährige Mann wurde in das städtische Krankenhaus verbracht, wo er am gleichen Tage an Herzschwäche verschied.

Mühlhausen, 3. Mai. (Bei uns herrscht Ordnung.) Seit dem 1. Mai verkehrt auf der Strecke Gotha-Mühlhausen-Leinefelde erstmalig ein Eilzugspaar. Hier hat diese Tatsache Veranlassung zu einem humoristischen Intermezzo gegeben. Die „Zeitung" schreibt: „Die neuen Eilzüge, die Sonntag zum erstenmal durch unseren Bahnhof fuhren, hatten eine große Anzahl Menschen angelockt, die schon geraume Zeit vor der Ankunftszeit den Perron besetzt hielten. Bei dieser Gelegenheit trieb auch der Bureaukratismus in Mühlhausen eine Blüte. Mit Genugtuung sahen die zahlreichen Besucher des Bahnhofes, wie am Perron von einem Herrn zwei mächtige Naturkränze bereit gehalten wurden, um sie dem um ½6 Uhr fälligen Eilzug als Zeichen der Freude und der Dankbarkeit der Mühlhäuser Einwohnerschaft anzuhängen. Aber die hoffnungsvolle Erwartung der Bahnhofsbesucher war vergebens, denn der Bahnhofsvorsteher verweigerte kurzerhand, als ihn der Kranzspender um die Erlaubnis bat, die Kränze dem Zuge anhängen zu dürfen, die Genehmigung mit der Begründung, daß der Herr mindestens vorher in einer Eingabe darum hätte nachsuchen müssen. So blieb dem Kranzspender nichts anderes übrig, als die beiden Kränze wieder nach Hause schaffen zu lassen." — Die garstige Lokomotive soll beim Verlassen des Bahnhofes spottend gezischt haben: „Sol—che—Sa—chen sind—zum—Lachen! Sol—che—Sa—chen sind . . .

Dessau, 2. Mai. (Selbstmord eines Lehrlings.) Der 15jährige Klempnerlehrling Walter Sch. ward Sonnabend mittag im elterlichen Garten an einem Baume erhängt aufgefunden. In sein Notizbuch hatte er geschrieben, daß er infolge schlechter Behandlung durch den Gesellen sich das Leben genommen habe. Der Geselle will ihn aber nur wegen „Schwatzereien" außerhalb der Werkstatt zur Rede gestellt haben.

Cainsdorf bei Zwickau, 2. Mai. (Schmerz heilt.) Der 12 Jahre alte Sohn eines hiesigen Einwohners, der seit Jahren infolge Lähmung der Stimmritzen keine Sprache verloren hatte, geriet beim Tode seines um zwei Jahre jüngeren Bruders in derartige Aufregung, daß er wieder sprechen konnte.

Vermischtes.

Woran Aerzte sterben.

Die Aerzte, deren Beruf es ist, das Leben ihrer Mitmenschen nach Kräften zu verlängern, genießen in der Wirklichkeit nur wenig Nutzen ihres Könnens und ihres Wissens: die Statistik zeigt, daß die Jünger des Aeskulap nicht länger leben, als ihre Klienten; ja die Zahl derer, die ein hohes Alter erreichen, ist nur gering und keinesfalls größer als die der anderen Sterblichen. Eine französische medizinische Wochenschrift hat eine Statistik aufgestellt, die darüber Aufschluß gibt, an welchen Arten von Krankheiten die meisten Aerzte sterben. Danach finden nicht weniger als 44 Prozent Aerzte durch Herzleiden ihren Tod, 20 Prozent erliegen nervösen Krankheiten, 20 Prozent der Morphiummanie, 7 Prozent der Schwindsucht und nur 9 Prozent anderen Krankheiten oder Altersschwäche.

Auffällig ist die große Zahl der Mediziner, die an dem übertriebenen Genuß von Morphium zugrunde gehen. Als Aerzte kennen sie die furchtbaren Wirkungen des schmerzstillenden Giftes besser wie andere Menschen, aber sie zögern doch nicht, es oft und immer wieder anzuwenden, um Schmerzen zu betäuben, bis sie schließlich den Folgewirkungen des Morphiums erliegen.

Der Radiumschatz im Meere. In den Fluten des Weltmeeres liegt ein gewaltiger Schatz begraben; wer die Mittel findet, ihn zu heben, so erzählt der „Figaro", wird der reichste Mann der Welt sein, denn sein Vermögen wird nicht weniger als 6280 Milliarden Mark betragen. Das ist das Ergebnis einer interessanten Untersuchung, die ein amerikanischer Chemiker vorgenommen hat: er hat sich das Ziel gesetzt, den Radiumgehalt des Meeres zu berechnen. Nach seinen Untersuchungen und Kalkulationen enthält das Weltmeer rund 20 000 Tons des wunderkräftigen Elements, das Curie entdeckte. Nach den gewaltigen Preisen, mit denen heute das Radium bezahlt wird, würde eine Tonne Radium einen Wert von rund 314 Millionen Mark bedeuten, so daß der gesamte Radiumgehalt des Meeres ein Vermögen von 6 280 000 Millionen Mark darstellt.

Das größte Gebäude der Welt. Aus Newyork wird berichtet: Das größte Bureaugebäude der Welt wird sich demnächst zwischen der West- und Washington-Straße, anschließend an das Battery Park-Gebäude, in Newyork erheben. Der Riesenbau, zu dem die Fundamente bereits ausgegraben werden, wird 31 Stockwerke hoch sein und daher in seiner Höhe mit anderen Wolkenkratzern nicht rivalisieren; dagegen ist die bebaute Fläche größer als bei den beiden bisherigen größten Bauten, dem Haus der Singergesellschaft und dem der Metropolitan-Lebensversicherung. Der Bau soll eine Konzentrierung des Geschäftslebens in dem ganzen umliegenden Gebiet herbeiführen; er wird eins der ersten Architekturwerke sein, das den Ankommenden von Ellis-Island in die Augen fällt. Für glänzendes Licht in allen Räumen und die denkbar größte Bequemlichkeit der Anlage wird bei dem neuen Bureauhaus des Battery-Stadtteils gesorgt sein.

Dreifacher Mord aus Eifersucht. In Bettwil im Kanton Aargau spielte sich ein entsetzliches Familiendrama ab. Dort erschoß der 33jährige Familienvater Traugott Weibel aus Eifersucht seine Frau, den Metzger Gauch und seine Schwägerin Frau Brunner. Alle drei Personen sind tot. Der Mörder wurde verhaftet.

Letzte Nachrichten.

Dr. Osann und die Kandidatur Dr. Beckers.

H. **Berlin**, 3. Mai. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Osann bezeichnete in einer Zuschrift an das Hirschbureau die Nachricht der „Frk. Ztg.", er habe in der Versammlung vom 1. Mai die Kandidatur Dr. Beckers befürwortet, als vollständig unrichtig. Er habe die Kandidatur in keiner Weise empfohlen.

Vom Kampf im Baugewerbe.

(Einigungsversuch. — Eine bemerkenswerte Resolution.)

H. **München**, 3. Mai. In der heutigen Geheimsitzung beschäftigte sich der Münchener Magistrat mit der Frage, ob die Magistratsdirektion nochmals einen Versuch zur Einigung im Baugewerbe machen solle. Nach den „Münch. N. Nachr." gelangte ein Antrag zur Annahme, daß der Magistrat beim Arbeitgeberverband und bei den Arbeiterorganisationen sich als Vermittler anbieten solle. Der Oberbürgermeister will möglichst bald die nötigen Schritte tun.

H. **Karlsruhe**, 3. Mai. Die ausgesperrten Bauarbeiter veranstalteten heute nachmittag 4 Uhr mit den arbeitslosen Brauereiarbeitern einen Umzug, der sich durch mehrere Straßen der Stadt bewegte und an dem ca. 1000 Personen teilnahmen. Im Rathause, im Ständehause, im Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten wurde eine Resolution abgegeben, in der die staatlichen, bezw. städtischen Behörden aufgefordert werden, dahin zu wirken, daß die Aussperrung der Bauhandwerker beendet und die Durchführung der behördlichen Bauten in staatliche bezw. in städtische Regie gegeben werde.

H. **Frankfurt a. O.**, 3. Mai. Hier einigten sich die Arbeitnehmer und Bauherrn. Akkordarbeit und Lohnstaffelung werden beibehalten. Im August wird eine Lohnerhöhung gewährt. — In Sorau traten die Tischler, in Guben die Böttcher in den Ausstand.

Vergleich im Prozeß Berger.

H. **Dresden**, 3. Mai. Der Prozeß des Hofkapellmeisters Berger und der Solotänzerin Heß von der Dresdener Hofoper gegen den Redakteur Raum von der „Dresdener Rundschau" wurde heute nach viertägiger, nicht öffentlicher Beweisaufnahme mit einem Vergleich, der auf Antrag des Bergerschen Anwalts zu stande kam, vorläufig beendet. Der Vergleich kann von beiden Parteien innerhalb zweier Tage widerrufen werden.

Wurstvergiftung.

H. **Detmold**, 3. Mai. Nach dem Genuß selbstgemachter getrockneter Mettwurst sind im benachbarten Orbke sämtliche Mitglieder einer Familie unter Vergiftungserscheinungen bedenklich erkrankt.

Unter den Hufen eines durchgehenden Pferdes.

H. **Mannheim**, 3. Mai. Auf dem Meßplatze ging gestern abend infolge des plötzlichen Einsetzens der Musik eines Karoussels das Pferd eines Lastwagens durch und rannte in die Menge. Drei Kinder wurden überfahren, von denen ein 10jähriges Mädchen sofort verstarb; ein zweites wurde schwer verletzt.

Ein Vorwand.

H. **Agram**, 3. Mai. Das „Agramer Tageblatt" meldet aus Cettinje: Hier zirkuliert seit einigen Tagen das Gerücht von einer neuerlichen Verschwörung gegen den Fürsten Nikolaus. Das Gerücht scheint von der Regierung selber verbreitet zu werden, um damit die Nichtbegnadigung der seinerzeit verurteilten Mitglieder der nationalistischen Partei begründen zu können.

Keine Dollar-Diplomatie!

W. **Pittsburg**, 3. Mai. Präsident Taft hielt hier eine Rede, in der er die auswärtige Politik des Staatssekretärs Knox, namentlich Nicaragua gegenüber, verteidigte und sie u. a. auch gegen den Vorwurf der „Dollar-Diplomatie" in Schutz nahm. Die Beziehungen der Vereinigten Staaten in Süd- und Zentral-Amerika seien nie freundlicher gewesen. Daß ein Krieg zwischen Peru und Bolivia verhütet worden sei, habe man Knox mit zu verdanken. Die Beziehungen zwischen Peru und Ecuador seien gespannt, doch sei Knox bestrebt, eine ehrenvolle Lösung herbeizuführen. Von Nicaragua würden die Vereinigten Staaten, sobald die dortige Regierung anerkannt sei, Genugtuung für die Verletzung amerikanischer Rechte fordern.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Polkow; für das Feuilleton: J. B.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100504018/fragment/page=0004

Predigt-Anzeigen.

Himmelfahrt (5. Mai).

U. L. Frauen. Vorm. 8 Uhr Archidiak. Grüneisen. 10 Uhr Oberpf. Prof. Schmidt (Chorgesang). (Kollekte für die kirchl. Versorgung der Evangelischen in den deutschen Schutzgebieten.)

St. Ulrich. Vorm. 8 Uhr Sup. D. Wächtler. 10 Uhr P. Heinke. 11½ Uhr Frandsecher K.-G. im Saale der alten Volksschule an der Neuen Promenade, P. Heintke. Nachm. 2 Uhr liturgischer Festgottesdienst in der Kirche, beide Abt. d. K.-G., auch für Ermachsene, P. Richter. — Freitag vorm. 10 Uhr Beichte u. Abendmahl, P. Richter. — Ostbezirk: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst Krondorferstr. 6a, Hilfspred. Schinke. 11¼ Uhr ältere, nachm. 2 Uhr jüng. Abt. K.-G., daselbst, derselbe.

Domkirche (ref. Gemeinde). Vorm. 10 Uhr Dompred. Konsistorialrat Josephson. Ab. 6 Uhr Dompred. Lic. Baumann. (Kollekte für das Domhospital.)

Garnison-Kirche. Vorm. 10¼ Uhr Gottesdienst; im Anschluß hieran Beichte u. heil. Abendmahl für Familien. 11½ Uhr K.-G., Divisionspfarrer Schneider.

St. Moritz. Vorm. 8 Uhr Oberpred. Greiner. 10 Uhr P. Nietschmann. (Kollekte für das Syrische Waisenhaus in Jerusalem.) — Hospital: Vorm. 10 Uhr Oberpred. Greiner.

St. Georgen. Vorm. 8 Uhr P. Witte. 10 Uhr P. Hellmann. Nachher Beichte u. Abendmahl, derselbe. Nachm. 2 Uhr K.-G., Hilfspred. Unger. — In der St. Georgskapelle: Vorm. 11½ Uhr K.-G., Konsistorialrat Runge. Im Paul Riebeck-Stift: Vorm. 10 Uhr P. Witte.

St. Johannes. Vorm. 8 Uhr P. Fahmer. 10 Uhr P. Tischer. 11½ Uhr K.-G., P. Tischer. — Bergmannstrost: Nachm. 4 Uhr P. Tischer.

St. Laurentii. Vorm. 8 Uhr P. Förster. 10 Uhr P. Wagner; danach Beichte u. Abendmahl, derf. Nachm. 5 Uhr Vespergottesdienst, P. Wagner.

St. Stephanus. Vorm. 8 Uhr Hilfspred. Freund. 10 Uhr Pastor Meinhof; danach Abendmahl, derselbe.

Paulskirche. Vorm. 8 Uhr Pf. Bach. 10 Uhr P. Haberland. ½12 Uhr K.-G., P. Haberland. Nachm.-K.-G. fällt aus.

Diakonissenhaus. Vorm. 10 Uhr P. Jordan; danach Abendmahlsfeier, derf.

St. Bartholomäus. Vorm. 8 Uhr Vikar Müller. 10 Uhr Pastor Meltzer. Nach der Predigt Abendmahl, derselbe. Amtswoche: P. Meltzer.

St. Petrus. Vorm. 10 Uhr P. Kunitz. Amtswoche: derselbe.

Halle-Trotha. Vorm. 10 Uhr Kand. Müller.

Wörmlitz. Vorm. 8½ Uhr Gottesdienst, P. Nitzschke.

Wölberg. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, P. Nitzschke.

St. Franziskus- und Elisabethkirche. Morgens 7 Uhr Frühmesse. 8 Uhr hl. Messe mit Predigt. 9¾ Uhr Hochamt mit Predigt. 11 Uhr hl. Messe mit Predigt. Ab. 7½ Uhr Maiandacht.

St. Barbara-Kapelle. Vorm. 10¾ Uhr Hochamt mit Predigt. Nachm. 2 Uhr Segensandacht.

St. Norbertkirche. Vorm. 8 Uhr hl. Messe. 9¾ Uhr Hochamt mit Predigt. Nachm. 2 Uhr Festandacht.

Methodistne-Gemeinde (Herz 11 H. 1). Ab. ½9 Uhr Bibelstunde, Pred. Schmeiser.

Christliche Gemeinschaft (in der Landeskirche). Bei gutem Wetter Ausflug nach der Heide. Treffpunkt: pünktlich 2 Uhr bei dem „Waldkater". Jedermann ist freundlich eingeladen.

Sportnachrichten.

Die Auktion der Gradizer Zweijährigen, welche in Hoppegarten vor Beginn der Rennen veranstaltet wurde, fand unter zahlreicher Beteiligung unserer Rennstallbesitzer statt. Von den zur Versteigerung gestellten 12 jungen Pferden wurden 10 verkauft. Die besten Preise erzielten die Stuten Thea (Käufer Herr Olde, Preis 9700 Mark und Haubenlerche (Käufer Herr A. v. Köppen, Preis 8000 Mark).

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Abonnementsquittung beizulegen.)

A. Sch. Die Wege zum Konsulatsdienst sind verschieden. Der normalste ist wohl juristisches Studium, und eine Tätigkeit von einigen Jahren in deutschen Konsulaten. Außerdem besteht auch die Einrichtung einer besonderen Prüfung für Anwärter auf den Konsulatsdienst, doch verpflichtet ihr Bestehen die Regierung nicht zu einer Anstellung. Vor allem ist es ratsam, vorher die Militärdienst-Angelegenheit zu erledigen. Jedenfalls erscheint es ziemlich ausgeschlossen, daß Sie mit dem Studium der neueren Sprachen allein für den Konsulatsdienst in Betracht kommen. Gesucht sind Juristen, die sich mitunter viel mit den neueren Sprachen befaßt haben, nicht umgekehrt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 208,50, Diskonto 187,50, Deutsche Bank 250,50, Berliner Handelsgesellschaft 174,37, Dresdner Bank 158,90, Russische Anleihe von 1902 92,10, Türkenlose 182,50, Lombarden 20,40, Kanada 184, Baltimore 108, Laurahütte 171,25, Bochumer Guss 238,87, Gelsenkirchen 205,25, Harpener 195,75, Deutsch-Luxemburg 207,50, Phönix 220,37, A. E.-G. 267,87, Siemens & Halske 247,87, Hamburger Paketfahrt 143,12, Nordd. Lloyd 108,37, Gr. Berliner Strassenbahn 187,10. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Adler Fahrrad 9, Hofmann Waggon 3, Kalker Werkzeuge 2,50, Lapp 2, Julius Berger Tiefbohr. 3, Deutsche Tiefbohr-Ges. 2,75, Lincke Waggon 7, Lübecker Masch. 3, Julius Pintsch 3,40, Deutsch-Ostafrik. Anteile 6, Heinrichshall 4, Höchster Farben 2,75, Deutsche Gasglühlicht 5, Berliner Dampfmühlen 2,50, Schalker Glas 4, Froebeln Zucker 8, Ammendorfer Papier 3, Cröllwitzer Papier 3,50, Düsseldorfer Röhren 2, Mechernicher Bergwerk 6; niedriger: Oberschles. Zement 2,75, Balcke, Tellering & Co. 1,50, Kappel Masch. 2, Schubert & Salzer 2,50, Nordd. Elswerke 2, Falkensteiner Gardinen 2,75, Harburg-Wien 5.

Zum Kurszettel. Berlin, 3. Mai. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 101,90G. 4% Bayrische Staats-Anl. — —. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 101,75bG. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 92,50B. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 92,80bG. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 95.00G. 4% Cottbusser Stadt-Anleihe 1900 —,—. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 1916 100.40B. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 09, 09 100,50B. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 100,30G. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1903 —,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1918 —,—. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —,—. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 1919 100,30G. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 101,60G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. 86,90b. 4½% Deutsche Solvay-Werke 103 00G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 104,70bB. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06. 08 102,00ebB.

Londoner Börse vom 3. Mai. Es notierten: Engl. Konsols 81,18. Rio Tinto 72,50. Gedult 263 Goldfields 6 67. Steel com. 82,50. Steel preis. 120,52. Rand Mines 9.28, Anaconda 8,31.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 3. Mai.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	–	–	Ingo	5000	5100
Alexandershall	11,400	11,600	Immenrode	6550	6650
Beisenrode	6800	6950	Johannashall	4700	4800
Burbach	15,300	15,600	Justus I	118	119
Carlshund	7900	8000	Kaiserode	10,200	10,400
Cecilienhall	–	–	Krügershall-Akt.	12 1/2	127 1/2
Desdemona	9200	–	Ludwigshall	112	114
Dtsch. Kali-Akt.	145 1/2	146 1/2	Neustassfurt	13,900	14,300
Deutschland	5000	5100	Reichshrone (Lossa)	1325	1450
Friedrichshall	106	108	Roland	–	–
Glückauf Sondershausen	19,200	19,500	Ronneberg (Akt.)	125	128 1/2
Günthershall	5400	5500	Rothenberg	3025	3100
Hann. Kali-Akt	–	–	Sachsen-Weimar	6150	6300
Hansa	4500	4600	Schlettenkante	–	–
Hettorn Vorz.-A.	–	–	Siegfried I	6100	6200
Hohlkuge	89	90	Sigmundshall	175	180
Heldengunen I	2825	2875	Teutonia-Akt.	124 3/4	125 3/4
Heldengunen II	2825	2875	Wilhelmshall	13,200	13,600
Hermann II	–	–	Wintershall	17,700	18,000
Hohenfels	8900	9000			
Hohenzollern	6100	6200			

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft.

In der Dienstag mittag in Eisleben unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Dittrich-Leipzig abgehaltenen Gewerkenversammlung waren 55 Gewerken anwesend, die 25 189 Kuxe vertraten.

In dem Bericht der Rechnungsprüfer wurde mitgeteilt, die Tendenz der Verwaltung, äusserste Sparsamkeit zu betätigen, trete in allen Teilen deutlich hervor.

Auf eine Anfrage, ob man nicht hätte Ausbeute verteilen können, bemerkte der Vorsitzende: Grössere Ausgaben seien notwendig gewesen für die Modernisierung des Werkes, die schon reichlich spät in Angriff genommen worden sei. Es wäre sogar vielleicht besser gewesen, wenn man schon früher damit begonnen hätte; jedenfalls hätte es nicht später geschehen dürfen. Im Bergwerksbetrieb sei es Brauch, die Neubauten und Schachtanlagen aus laufenden Mitteln und nicht aus Anleihen zu decken, infolgedessen habe die Deputation absolut korrekt gehandelt. In den letzten Jahren seien auch ausserordentliche soziale und andere Lasten, wie höhere Arbeiterlöhne usw. dazu gekommen. Die schlechte Lage des Kupfermarktes in Verbindung mit der ungünstigen Silberpreisentwicklung sei dafür verantwortlich zu machen, dass eine Ausbeute nicht zur Verteilung gelangen könne. Bei einer Weltproduktion in Kupfer von 700 000 t habe die Gewerkschaft mit 18 000 t keinen Einfluss auf die Preisbildung am Weltmarkte. Man hoffe aber zuversichtlich, dass die Zeiten der Depression allmählich, auch in Amerika, ihrem Ende entgegengehen und dass man dann wieder den Gewerken erfreuliche Resultate vorlegen könne.

Es wird dann von anderer Seite noch darauf hingewiesen, dass allein die sozialen Lasten der Gewerkschaft 2,8 Millionen betragen, ein Betrag, der eine Ausbeute von etwa 40 Mk. gestatte. Aber auf diesem Wege könne man nicht mehr zurück und die Gewerkschaft lege Wert darauf, ihren Arbeitern auskömmliche Löhne zu gewähren, um sich einen guten Arbeiterstamm zu sichern.

Der Geschäftsbericht und der Bericht der Rechenschaftsprüfer wird darauf einstimmig genehmigt.

Neue Hausse auf dem Zuckermarkt.

Aus Magdeburg wird gemeldet: Der Zuckermarkt tendierte gestern ausgesprochen fest, die Terminpreise erreichten durch abermalige Steigungen den höchsten Kursstand fast seit Beginn der Kampagne. Die kräftige Heraufsetzung erfolgte auf Deckungen und spekulative Kauforder in neuer Ernte. Effektive Rohware gewann 30 Pfg. pro Zentner.

Deutsche Tiefbohr-Akt.-Ges. in Nordhausen. Der „Nordh. Allg. Ztg." zufolge beschloss der Aufsichtsrat, die neuen Aktien den bisherigen Aktionären derart zum Bezuge anzubieten, dass auf je 6 alte Aktien eine neue entfällt. Der Bezugspreis wurde auf 250 Proz. festgesetzt. Ueber die Höhe der Dividende für 1909 sind noch keine bestimmten Beschlüsse gefasst worden. Man wäre wohl in der Lage, 25 Proz. (i. V. 20 Proz.) Dividende auszuschütten, doch dürfte man den Satz auf 23 Proz. angesichts des wertvollen Bezugsrechts, das den Aktionären zufällt, bemessen. Etwas Bestimmtes lässt sich jedoch hierüber noch nicht sagen.

Mathildenhütte, Akt.-Ges., Bad Harzburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 5 Proz. für die Vorzugsaktien fest. Die Stammaktien gehen wieder leer aus. Wie der Vorsitzende mitteilte, ist für das Jahr 1910 gut verkauft worden. Der Ueberschuss beträgt im ersten Quartal 38 729 (35 845) Mk.

Vereinigte Flanschenfabriken und Stanzwerke Akt.-Ges. in Regis (Bez. Leipzig). In der Generalversammlung, in der ein Aktienkapital von 1,08 Mill. Mk. vertreten war, wurde die Dividende auf 4 Proz. festgesetzt. Ueber den Geschäftsgang im laufenden Jahre teilte der Vorstand auf Anfrage mit, dass der Umsatz bis jetzt den entsprechenden vorjährigen zwar übersteige, die allgemeine Geschäftslage jedoch unbefriedigend sei, da die Beschäftigung nicht zur rationellen Ausnutzung der Anlagen ausreiche und Preiserhöhungen infolge des sehr scharfen Wettbewerbs nicht zu ermöglichen seien. Das Geschäft befinde sich gegenwärtig im Zustande der Stagnation, was wohl mit den unsicheren Verhältnissen am Baumarkt und der ungeklärten Lage des Röhrenmarktes zusammenhänge. Auf letzterem, für den Absatz der Haupterzeugnisse des Unternehmens massgebenden Markte bewahrten die Verbraucher eine ausserordentliche Zurückhaltung. Nach erfolgter Klärung der Verhältnisse auf diesem Fabrikationsgebiete erhoffte aber die Verwaltung ein Wiedereinsetzen des stark zurückgehaltenen Bedarfes und dementsprechend bessere Ergebnisse.

Sitzendorfer Porzellanmanufaktur, A.-G., vorm. Gebr. Volgt. Die Generalversammlung genehmigte die Veräusserung des Gesamtvermögens zum Kurse von 44 Proz. an einen Münchener Reflektanten und beschloss die Auflösung der Gesellschaft.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 3. Mai. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 221,00 222,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländischer 152,00 152,50 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkisch, mecklenburgisch, pomm., preuss., posenscher u. schlesischer fein 159 bis 170, mittel 162—168, gering 158—161, russischer und Donau mittel 151—151, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed 146—151, türkischer mixed — —, rundar 154,00 156,00 fre Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 138,00 bis 143,00, gute 144—156, russische und Donau leichte 126,00—132,00, schwere 133—139 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware mittel 157—165, Taubenerbsen 166—178 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 29,50—29,75. Roggenmehl 0 u. 1 18,40—20,50. Weizenkleie 11,25—12,00. Roggenkleie 10,75 bis 11,60 Mark.

Magdeburg, 3. Mai. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen, ausländischer und Pommer, ruhig, gut 212—229. Kolben Sommer- gut 221—228, Bauh- gut 208 225. Roggen, inländ. fau, gut 147—151. Gerste, flau hies. Chevaliergerste gut — —, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut — — —, ausländische Futtergerste stetig, gut 123 bis 126. Hafer ruhig, inländ. gut 160—165. Mais still, runder gut 155 160 M.

Hamburg, 3. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen ruhig, Ostholst. Mecklbg. 180—210. Roggen ruhig, Mecklburg. und Pomm. 148—155. Gerste ruhig, südruss. 104—107. Hafer ruhig. Holsteiner 155—165, Mecklenburger 166—170. Mais ruhig, La Plata 128—129 mixed. 111—112.

Pest, 3. Mai. Weizen still, per April —.—G., —.— B., per Mai 12,48 G., 12.49 B., per Okt. 10,78 G., 10,79 B. Roggen per April —.— G., —.— B., per Okt. 8,31 G., 8,32 B. Hafer per Mai 6,92 G. 6,93 B. Mais per Mai 5,88 G., 5,83 B.

Liverpool, 3. Mai. Roter Winterweizen per Juli 7,2 1/2, per Okt. 7,3 1/2. Ruhig. Mais, bunter, amerikanischer per März —.—.

Zucker.

Hamburg, 3. Mai. Rübenrohzucker. 1. Produkt, Basis 88 Bendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Mai	14,82 1/2	14,90	14,85 Mk.
„ Juni	14,82 1/2	14,90	14,90 „
„ August	14,77 1/2	15,00	14,95 „
„ September	14,02	—.—	—.— „
„ Okt.-Dez.	11,65	11,70	11,65 „
„ Jan.-März	11,67 1/2	11,72 1/2	11,67 1/2 „
	fest	behauptet	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 3. Mai. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per Mai	34 1/2 G.	34 1/2 G.	34 1/2 G.
„ September	35 1/2 G.	35 1/2 G.	35 1/2 G.
„ Dezember	35 1/2 G.	35 1/2 G.	35 1/2 G.
„ März	35 1/2 G.	35 1/2 G.	35 1/2 G.
	ruhig	ruhig	ruhig

Rio de Janeiro. 3. Mai. Kaffee-Zufuhren 11,000 Sack in Rio 39,000 Sack in Santos.

Havre, 3. Mai. Kaffee good average Santos per Mai 45, per Sept 45 1/4, per Dez. 45 1/4, per März 45 1/4.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 3. Mai. Kartoffelmehl u. -Stärke 29,25—29,75.

Magdeburg, 3. Mai. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21.00—21,50.

Spiritus.

Nordhausen, 3. Mai. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 85,50—86,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,50—96.50 M. per loko und Januar 1910. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—105 l) 85,75—86,75 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 95,75—96,75 M. per Januar-September 1910 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 3. Mai. Rüböl loko 62,00, per Mai 57,50.

Hamburg, 3. Mai. Stadtschmalz 72,00, amerik. Steam 63,25, Chamberlain 65,50.

Chemische Produkte.

Hamburg, 3. Mai. Chilisalpeter per loko 8,35, Febr.-März 8,77 1/2 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 3. Mai. Baumwolle still. Upl. loko middl. 74,75 Pfg

Liverpool, 3. Mai. Aegyptische Baumwolle per Juli 13,06.

Alexandria, 3. Mai. Aegyptische Baumwolle per Juli 26.07, Nov. 21,12, Jan. 21,02.

Metalle.

London, 3. Mai. Chili-Kupfer stetig 55 13/16, 3 Mon. 57, Zinn Straits stetig 150 1/2, 3 Monat 151 1/2. Blei span., matt 12 1/2, englisch 12 1/2. Zink, gewöhnliche Marke, ruhig 22, spez. Marke 22 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	3.5.	2.5.	Chicago.	3.5.	2.5.
Weizen p. Mai	116	115	Weizen p. Mai	111	108
„ „ Juli	112	110 1/2	„ „ Juli	104 3/4	102 3/4
Mais p. Mai	69	68 1/2	Mais p. Mai	60	59 3/4
„ „ Juli	72 1/2	72	„ „ Juli	62 1/4	62 1/2
Mehl Spring clears	4,40	4,45	Hafer p. Mai	41 1/2	41 1/2
Kaffee Fair Rio Nr. 7	8 3/4	8 3/4	„ „ Juli	40 1/4	40 1/4
„ p. Mai	6,35	6,35	Roggen p. Mai	75 1/2	78
„ p. Juni	6,40	6,40	Schmalz p. Mai	12,75	12,40
Petroleum in Cases	10,15	10,15	„ „ Juli	12,45	12,22
do. in New York	7,75	7,75			
do. in Philadelphia	7,75	7,75			

Tendenz: Weizen stramm. Mais fest.

Schiffsnachrichten

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Nordamerika: Amerika 30. April 12 Uhr mittags von New York über Plymouth und Cherbourg nach Hamburg. Batavia, von Neapel kommend, 1. Mai 1 Uhr 15 Min. morgens in New York. Blücher, von New York kommend, 2. Mai 8 Uhr 45 Min. morgens in Hamburg. Graf Waldersee, nach New York, 30. April 11 Uhr 45 Min. morgens Cuxhaven passiert. Hellas, nach Newport News, 30. April 6 Uhr 45 Min. morgens in New York. Hoerde 30. April 10 Uhr 30 Min. morgens von New Orleans nach Hamburg. Moltke, von New York nach Genua, 1. Mai 11 Uhr 30 Min. morgens in Neapel. Prinz Adalbert, nach Canada, 1. Mai 12 Uhr mittags in Rotterdam. President Lincoln, von New York kommend, 2. Mai 7 Uhr 10 Min. morgens Lizard passiert. — Westindien, Mexiko, Südamerika: Christiania, nach Westindien, 30. April 4 Uhr 30 Min. nachm. Dover passiert. Etruria, von Mittelbrasilien kommend, 1. Mai 2 Uhr nachm. Dover passiert. Frankenwald, von Mexiko kommend, 1. Mai 2 Uhr nachm. in Hamburg. Fürst Bismarck, von Mexiko und Havana kommend, 1. Mai 8 Uhr morgens in Santander. Habsburg, nach Mittelbrasilien, 30. April nachm. Quessant passiert. König Friedrich August, von dem La Plata kommend, 29. April 6 Uhr abends Teneriffa passiert. La Plata, nach Havana und Mexiko, 1. Mai 7 Uhr abends von Malaga. Siegmund, von Brasilien kommend, 29. April 7 Uhr abends von Lissabon. Spreewald, nach Westindien, 1. Mai 7 Uhr 45 Min. morgens Cuxhaven pass. Venetia, von Westindien kommend, 30. April 10 Uhr abends in Hamburg. Westerwald 29. April in St. Thomas.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	2. Mai	+0,76	3. Mai	+0,76	—	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,12	„	+2,14	—	2
„ Unterpegel	„	+1,49	„	+1,44	—	4
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,48	„	+2,44	4	—
„ Unterpegel	„	+0,40	„	+0,50	10	—
Trotha	2. „	+1,76	3. „	+1,78	—	2
Alsleben, Oberpegel	2. „	+2,44	3. „	+2,39	5	—
„ Unterpegel	„	+1,38	„	+1,37	1	—
Bernburg	„	+1,03	„	+1,00	3	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,58	„	+1,54	2	—
„ Unterpegel	„	+0,78	„	+0,64	14	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.							
	Mai	Fall	Wuchs		Mai	Fall	Wuchs
Jungbunzl	2.	+0,18	10	—	Wittenberg	3. +2,11	12 —
Leitmeritz	„	+0,15	6	—	Rossian	„ +1,58	9 —
Budweis	„	+0,28	—	4	Barby	„ +1,74	7 —
Prag	„	—	—	—	Schönebeck	„ +1,61	— 3
Pardubitz	„	—0,34	—	—	Magdeburg	„ +1,53	5 —
Brandeis	„	+0,22	8	—	Tangermde.	„ +2,31	7 —
Melnik	„	+0,56	6	—	Wittenbrge.	„ +2,08	7 —
Leitmeritz	3.	+0,24	—	2	Domitz	2. +1,62	6 —
Aussig	„	+0,49	1	—	Boizenburg	„ +0,49	2 —
Dresden	„	—0,09	5	—	Hohnstorf	3. +1,84	— 13
Torgau	„	+1,17	13	—	Lauenburg	„ +1,63	5 —

Aussig, 3. Mai. Pegelstand plus 49 cm. Vom Oberlauf werden 4 cm Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19100504018/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	q_1 quartaliter	1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	q_2 do.	1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	q_3 do.	1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 3. Mai 1910

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lev, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85 — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16 — 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%.
Privatdiskont 3⅝%.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.			
Dt.Rchs.Sch.	*d*	4	100.50G
do. 1.4.12	*d*	4	100.60G
do. 1.7.12	*a*	4	100.60bG
Pr.Schatz12	*a*	4	100.60bG
do. 13	*d*	4	100.90bG
Dt.Rchs.-Anl	*v*	3½	93.10bG
do. do.	*d*	4	102.10bG
do. do.	*v*	3	84.90bG
Dt. Schutzg.	*a*	4	101.10b
Prss. ks.Anl.	*v*	3½	93.10bG
do. do.	*v*	3	84.80bG
do. do.	*d*	4	102.10bG
do. Staff. A	*a*	4	101.30bG
BadStb.A.01	*a*	4	101.00G
do. do. 02	*d*	3½	—.—
BayerAnl.15	*e*	4	101.50B
do. do.	*v*	3½	92.75G
do. Ldsk.R.	*f*	3½	—.—
Brnsch.LSch	*d*	3	—.—
Brem.Anl.99	*b*	3½	—.—
do. 96	*d*	3	—.—
do. 08	*c*	4	—.—
do. 09	*c*	4	101.50G
Cassel. Ldkr	*c*	3½	94.25G
do.XXI u. 17	*c*	3½	95.60G
do.XXII u.14	*c*	4	101.40G
do.XXIIIu.16	*c*	4	101.50G
Hambg.St.R.	*b*	3½	—.—
do. 1907	*d*	4	101.50G
do.am.1900	*a*	4	101.60B
do.do.87/04	*v*	3½	92.75G
do.do.86/02	*v*	3	—.—
Hessen. 09	*d*	4	101.50G
do. 93/00	*d*	3½	91.90b
do.96 03 05	*v*	3	81.30bB
Lüb. St.A. 06	*e*	4	101.20b
do. do. 99	*a*	3½	90.90bG
do. do. 95	*d*	3	—.—
Mckl.EbSchv	*a*	3½	—.—
do.do.90/94	*d*	3½	92.75G
Old.StA.v.03	*a*	3½	—.—
do.do. v. 09	*e*	4	101.10G

Deutsche Pfandbriefe			
Berlin. Pfdb.	*a*	5	117.10G
do. do.	*a*	4½	106.40b
do. do.	*a*	4	101.75G
do. do.	*a*	3½	96.10G
do. neue	*a*	4	100.50B
do. do.	*a*	3½	92.60G
do. do.	*a*	3	82.80G
Landsch. Ctr	*a*	4	—.—
do. do.	*a*	3½	90.40bB
do. do.	*a*	3	82.00B
Kur-u.Neum.	*a*	3½	94.50G
do. alte	*a*	3½	98.00G
do. Komm.O.	*d*	3½	90.90b
do. do.	*d*	4	101.00G
Ostpreuss.	*a*	4	100.75b
do.	*a*	3½	90.70B
do.	*a*	3	81.50b
Pommersch.	*a*	3½	91.20bG
do.	*a*	3	81.80bG
do. neuld.	*a*	3½	90.75G
do. do.	*a*	3	—.—
Posensche	*a*	4	102.40G
do. XI-XVII	*a*	3½	92.60bG
do. Lit. D	*a*	4	100.25G
do. Lit. B	*a*	3	82.90G
do. Lit. C	*a*	3½	92.30G
Sächsische	*a*	4	—.—
do.	*a*	3½	91.50bG
do.	*a*	3	82.10G
do. neue	*a*	4	100.60G
Schles. altld	*a*	3½	—.—
do.ldsch.L.A	*a*	4	100.50b
do. do. do.	*a*	3½	93.30G
do. do. do.	*a*	3	84.25G
do. do. L.C	*a*	4	100.50b
do. do. do.	*a*	3½	93.30G
do. do. do.	*a*	3	84.10G
do. do. L.D	*a*	4	100.50b
do. do. do.	*a*	3½	93.30G
do. do. do.	*a*	3	84.40G
Schl.Hlst.LC	*a*	4	100.25G
do. do.	*a*	3½	91.90b

Türk.Bagd-A	*c*	4	87.25bG
do. do. priv.	*c*	4	—.—
do.uniliz.03	*c*	4	94.60G
do. do. 05	*c*	4	86.70G
do. do. 08	*a*	4	87.40G
do. 400Fr.L.	—	frc.	181.90b
Ung. Goldrnt	*a*	4	95.60bG
do. kleine	*a*	4	96.00b
do.Kronenrt.	*f*	4	92.60bG
do. kleine	*f*	4	92.60bG
do.Staatsrnt	*a*	3½	82.70B
do. GoldA.ET	*a*	3	—.—
do. Lose	—	frc.	391.00G
do.GrndentO	*e*	4	94.25bG
Bucar.Anl88	*f*	4½	99.00bG
do. 95	*c*	4½	98.25bG
do. 98	*a*	4½	98.50b
Budap.St.-A.	*c*	4	—.—
Buen.A1000	*f*	4½	—.—
do. 100 L.	*f*	4½	—.—
do. Pes.	*a*	6	103.40bG
do. 1908	*d*	5	—.—
do. 1909	*a*	5	101.40bG
Gothnb.A. 06	*h*	4	99.40G
Kopenh.St.A.	*a*	3½	90.30bG
Lissab. St.A.	*a*	4	82.90G
Mail45LireL	—	frc.	147.00b
do. 10LireL	—	frc.	33.50b
Mosk.25-28	*v*	4	82.75G
SofiaGold-A.	*e*	5	101.00B
Stockh. St.A.	*k*	4	—.—
do. do.	*g*	3½	—.—
Venet.30L-L	—	frc.	41.80b
WienCommA	*a*	5	103.50b
do.Invest.-A.	*a*	4	97.30bG
do. St.-A. 98	*a*	4	97.30G
BudpHptSpk	*e*	4	—.—
Bulg.Nat.Pfb	*e*	6	—.—
Dän.InselstK	*a*	4	—.—
FinlHpVPf82	*g*	4	—.—
do.St.Hp.K.II	*d*	4½	96.40G
Holl.Komm.L	[illegible]	3	—.—
Ital.Hyp.Obl.	*a*	4	—.—